Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Der Abonnementspreis beträgt b. Lieferung durch Boten frei Haus f. d. Woche v. 29. Okt.—3. Nov. 6 Milliarden Mk. Einzelverkaufspr. 1,8 Milliarden Mk.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf { 905 nur Redaktion. 926 nur Geschäftsstelle.

Anzeigengebühr für die achtgespaltene Petitzeile od. deren Raum 20 Gold-Pfennige, auswärtige 25 G.-Pfg., Versammlungs- Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Gold-Pfennige, Reklamen 80 Gold-Pfennige.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf { 926 nur Geschäftsstell 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 252. | Sonnabend, 3. November 1923. | 30. Jahrgang.

Zerfall der großen Koalition.

Austritt der Sozialdemokraten aus der Regierung.

Berlin, 2. November.

Nach der Erklärung des Reichskanzlers, daß die Mehrheit der Kabinettsmitglieder es ablehne, auf die sozialistischen Wünsche oder Forderungen einzugehen, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion soeben mit allen gegen 19 Stimmen beschlossen, ihre Mitglieder aus der Reichsregierung zurückzuziehen. Damit ist die offene Kabinettskrise ausgebrochen. Man nimmt an, daß der Reichspräsident den Reichskanzler Dr. Stresemann erneut mit der Bildung eines Kabinetts beauftragen wird.

Selbstmord der Reichsregierung.

Berlin, 2. November.

Unendlicher Druck lastet auf dem deutschen Volke. Schwer und mitleidslos würgt uns die Faust des französischen Siegers. Trotz der Beendigung des passiven Widerstandes gibt es kaum eine Erleichterung und nur schwach ist der Hoffnungsschimmer, daß das Auftreten Englands gegen die separatistischen Bestrebungen, seine Bemühung, eine internationale Konferenz über die Reparationsfrage zustande zu bringen, allmählich zur Besserung führen wird. Geradezu furchtbar aber ist die wirtschaftliche Situation, die entsetzliches Elend für jeden einzelnen Haushalt heraufgeführt hat. Nicht minder furchtbar haben sich die Verhältnisse in der inneren Politik gestaltet, seitdem Bayern in offener Rebellion gegen das Reich aufgestanden ist. Diese verzweifelte Lage wird jetzt verschärft durch die schwere politische Krise, die der Austritt der Sozialdemokratie aus der Reichsregierung bedeutet.

Das Kabinett Stresemann hat gewiß mit ungeheuren Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt. Aber daß es ihnen so rasch erlegen ist, daran trägt der Mangel an Klarheit und Festigkeit seiner Führung doch den größten Teil der Schuld. Von Anfang an war im Kabinett eine reaktionäre Strömung, die vor allem durch die Minister Brauns, Geßler und Luther verkörpert war. Diese Minister, übernommen aus dem unseligen Ministerium Cuno, zeigten immer wieder die Neigung, sowohl in den außen- als in den innerpolitischen Fragen die Cuno-Politik fortzusetzen. So hatten sie wesentlich dazu beigetragen, schon die erste Krise des Kabinetts herbeizuführen. Stresemann aber blieb unbelehrt, und so verstärkten sich immer mehr die reaktionären Einflüsse dieser Minister. Unsere Genossen im Kabinett fanden täglich zunehmende Widerstände, und immer deutlicher wurde, daß die Entscheidung herannahte. Denn für die Sozialdemokratie hat die Beteiligung an einer Regierung nur dann und nur solange Sinn, als sie imstande ist, für die Arbeiterschaft Nützliches durchzusetzen und Schädliches zu verhindern. Sie muß es ablehnen, die Gefangene einer Regierung zu sein, die glaubt, auf die Forderungen der Arbeiterschaft nicht die gebührende Rücksicht nehmen zu brauchen und vermeint, die sozialistischen Minister nur als Bürgen für das Wohlverhalten der Arbeiterklasse mißbrauchen zu können.

Die Reichsregierung hat gegenüber dem unzweifelhaften Verfassungsbruch, den die bayrische Regierung begangen hat, keine klare Politik getrieben. Schwachen Ansätzen folgte Rückzug auf Rückzug. Die tönenden Versprechungen, die Reichsautorität zu wahren, ließen das Zurückweichen nur um so kläglicher erscheinen. Der militärische Belagerungszustand, der den bayrischen Ausnahmezustand beseitigen sollte, erwieß sich in der Hand des Herrn Geßler als stumpfe Waffe gegen Bayern. Zur scharfen Waffe wurde er erst im Konflikt mit Sachsen und gegen die sozialdemokratische Presse. Es braucht heute kein Wort der Verurteilung über diese Politik gesagt zu werden. Gerade der Ausgang der sächsischen Regierungskrise beweist die Unüberlegtheit und den Leichtsinn eines Vorgehens, das viel weniger aus politischen Erwägungen als aus überspannten militaristischen Prestigegründen zu erklären ist.

Eines mußte jedenfalls den bürgerlichen Ministern, die gegen den Einspruch unserer Genossen dieses Vorgehen zu verantworten haben, klar sein: daß die Sozialdemokratie unter keinen Umständen diese Politik mitmachen könne. Die Frage kann höchstens sein, ob die bürgerlichen Kabinettsmitglieder trotz ihres Leugnens — und sie leugnen es alle — die Mitarbeit der Sozialdemokratie unmöglich machen wollten, oder ob sie zu wenig politische Erfahrung haben, um die notwendigen Folgen zu erkennen.

Für die Sozialdemokratie konnte es in dieser Situation nur eine Politik geben. Das Kabinett mußte vor die Frage gestellt werden, ob es in Zukunft der Sozialdemokratie die nötigen Garantien geben wolle. **Die Sozialdemokratie kämpft heute vor allem für die Erhaltung der Reichseinheit und für den Schutz der Republik.** Damit ist aber unvereinbar das Vorgehen gegen Sachsen und die Schwäche gegen Bayern, damit ist unvereinbar, daß durch den militärischen Ausnahmezustand die Zivilgewalt zur Seite gedrückt und die Politik in die Hände der Generale gelegt ist. Deshalb muß die Sozialdemokratie fordern, daß der militärische Ausnahmezustand, wie es schon die Ministerpräsidenten der Länder wollten, sofort aufgehoben, daß der Verfassungsbruch der bayrischen Regierung festgestellt und gegen diese Regierung endlich entsprechend vorgegangen, daß Sachsen von der militärischen Besetzung befreit und die Reichswehr von den Zeitfreiwilligen und den anderen eingestellten Reaktionären gesäubert wird.

Die Regierung hat in ihrer bürgerlichen Mehrheit die Erfüllung dieser Forderungen abgelehnt. **Die sozialdemokratische Fraktion hat darauf die Zurückziehung ihrer Minister aus der Regierung beschlossen.** Das Verhalten der Fraktion war durch die Ereignisse vorgezeichnet. Zwar war dem sächsischen Konflikt durch die kluge Taktik der sächsischen Landtagsfraktion seine augenblickliche Schärfe genommen, aber für die sozialdemokratische Partei, gegen deren Widerspruch die Reichsregierung gehandelt hatte, mußte Klarheit für die Zukunft geschaffen werden. Sie konnte eine Regierung nicht länger unterstützen, die in einer so entscheidenden Frage gegen sie aufgetreten war. Sollte ihr Ansehen vor Freund und Feind nicht leiden, so mußten ihre Forderungen erfüllt werden. Denn die Sozialdemokratie kann sich nicht an einer Regierung beteiligen, die sich selbst durch den Belagerungszustand fesselt. Sie braucht im Gegenteil die volle Bewegungsfreiheit für sich und die Arbeiterklasse, um zu retten, was in der so furchtbar schweren Situation überhaupt noch zu retten ist.

Die Entscheidung der Fraktion erfolgte im vollen Bewußtsein der Verantwortung. Sie kennt nur zu gut die großen Gefahren der gegenwärtigen Lage. Die schwere wirtschaftliche Krise hat die Massen mit bitterer Verzweiflung erfüllt, aber die Machtmittel und die Widerstandskraft des Proletariats geschwächt. Bayern starrt von Waffen, und die bayrische Reaktion findet in vielen Teilen des Reiches Unterstützung. Sie hat unfreiwillige, aber nicht minder gefährliche Helfershelfer in den Kommunisten, die — unbelehrbar — Verwirrung in die Reihen der Arbeiterschaft tragen, in einer Zeit, die kühle Besonnenheit erfordert. Demgegenüber sehen wir den Zusammenschluß einer gewaltigen Reaktion, die gestützt auf Bayern überall ihre Kräfte sammelt und sich anschickt, die Macht an sich zu reißen, während die bürgerlichen Parteien zaghaft und unentschlossen dieser Entwicklung gegenüberstehen. Deshalb ist auch der Ausgang dieser Krise nicht abzusehen. Herr Stresemann mag vielleicht den Versuch machen, ohne Sozialdemokraten weiter zu regieren. Aber er wird kaum eine parlamentarische Mehrheit für einen solchen Versuch finden. Und eine Rechtsregierung? Sicher wäre erwünscht, daß die Deutschnationalen, die Deutschland in das Verderben hineingeführt haben und sich jetzt dem deutschen Volke als Retterin anpreisen, endlich gezwungen würden, die Verantwortung zu übernehmen und zu zeigen, was sie können und nicht können. Wir zweifeln nicht daran, daß sie großes Unheil stiften, daß sie namentlich der Arbeiterschaft schwere Opfer aufzuzwingen versuchen werden. In der inneren Politik brauchten wir eine Rechtsregierung nicht zu fürchten. Der Dollar bliebe in Opposition und die Wirtschaft könnte mit Gewalt doch nur noch mehr in Unordnung gebracht werden. Aber außenpolitisch würde das Unheil kaum wiedergutzumachen sein, alle Aussichten auf eine Regelung würden zerstört, die Reichseinheit den stärksten Gefahren ausgesetzt werden. Um eine derartige Entwicklung abzuwenden — und nur deshalb — hat die Sozialdemokratie bisher das große Opfer, Mitträgerin der Verantwortung zu sein, gebracht. Die Gegner haben es anders gewollt, sie haben die Verwirrung gestiftet, an ihnen ist es jetzt, die Lösung zu versuchen.

Wie immer es kommen mag, für die Arbeiterschaft ziehen schwere Gefahren herauf. Da gilt es zur Abwehr zu rüsten. Für die künftigen Kämpfe brauchen wir vor allem die Geschlossenheit und Schlagkraft der Partei. Jetzt ist nicht Zeit für Meinungsdifferenzen über das Vergangene, jetzt brauchen wir die freudige und hingebungsvolle Mitarbeit aller Genossen an der Stärkung der Organisation, an der Verbreitung unserer Presse. Nur wenn das der Fall ist, wird die Sozialdemokratie den Selbstmord der Regierung Stresemann überstehen.

*

Der Verlauf der Krise.

Auflösung des Reichstages?

Die verhängnisvolle Krise, die unser Reich zum Schaden des Volkes heute wieder durchlebt, ist zurückzuführen auf die wahnsinnige Politik, die einzelne bürgerliche Reichsminister in den letzten Wochen durchzusetzen versuchten. Man kann heute gestehen, daß es sich für die Sozialdemokratie bei der folgenschweren Entscheidung, die sie am Freitag gefällt hat, nicht nur um innerpolitische Sicherungen für die künftige Mitarbeit im Kabinett Stresemann handelte, sondern um Klarheit über die Politik überhaupt. Gerade in den letzten Tagen hat sich gezeigt, wie selbst von Reichsministern mit der deutschen Reichseinheit und mit dem gesamten Volke gespielt wird, und heute dürfen wir mitteilen, daß es in der Regierung des Herrn Stresemann, deren Auftrag ist, das Reich zu retten, selbst Minister gibt, die ihr Hauptziel nicht mehr in der Wahrung der Reichseinheit sehen, sondern bestrebt sind, zum Schaden des Volkes den vollendeten Bruch mit Frankreich zu vollziehen. Es handelt sich um Minister, die kein Herz mehr haben für unsere bedrängten Rheinländer, die unsere Bevölkerung an Rhein und Ruhr bewußt oder unbewußt in die Hände der Franzosen spielen wollten und für die der Treuschwur unserer Volksgenossen in den besetzten Gebieten nicht mehr war als ein Fetzen Papier. Hochverrat am eigenen Volke zu begehen, mußte die Sozialdemokratie ablehnen und das ist am Freitag geschehen in einer Sitzung der Reichstagsfraktion, nachdem die Reichsregierung es abgelehnt hat, Klarheit über die Innen- und Außenpolitik der Zukunft zu schaffen. Darüber wird in den nächsten Tagen noch manches zu sagen sein.

Dem Fraktionsbeschluß ging am Vormittag eine Besprechung der Führer der Koalitionsparteien voraus. Diese Sitzung endete ohne positives Ergebnis, obwohl selbst die Vertreter des Zentrums und der Demokraten erklären mußten, daß sie für die Forderungen der Sozialdemokratie nach den Vorkommnissen der letzten Tage volles Verständnis haben. Anschließend konferierte der Reichskanzler mit den Vertretern der bürgerlichen Koalitionsparteien, dem später eine Kabinettssitzung folgte. In dieser Sitzung kam es zu scharfen Zusammenstößen zwischen einzelnen Ministern der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt, weil sich bereits in dieser Kabinettssitzung erneut die schwerwiegenden Meinungsverschiedenheiten als unüberbrückbar herausstellten. In der dann folgenden Sitzung des Reichskanzlers mit den Vertretern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erklärte Dr. Stresemann, daß die bürgerlichen Mitglieder seiner Regierung aus grundsätzlichen und tatsächlichen Erwägungen heraus sich nicht auf den Boden der sozialdemokratischen Forderungen stellen könnten. Die Annahme der von der Sozialdemokratie aufgestellten Voraussetzungen für den weiteren Verbleib im Kabinett hätte zur Folge, daß in Bayern die Koalitionsregierung erneut als unter dem Druck der Marxisten handelnd, bezeichnet würde. Im übrigen aber könne der Ausnahmezustand im Augenblick wegen der drohenden innerpolitischen Unruhen nicht aufgehoben werden, schließlich aber auch deshalb nicht, weil die Reichswehr darin ein Mißtrauensvotum erblicken würde. U. a. verwies der Reichskanzler dann noch auf die außenpolitische Lage und die Schwierigkeiten für die künftige Reparationslösung, falls es nach dem Austritt der Sozialdemokratie aus der Regierung nicht gelingen sollte, eine verfassungsmäßige Regierung zu bilden.

Um 3½ Uhr nachmittags trat die sozialdemokratische Fraktion zur Kenntnisnahme der von ihren Fraktionsführern gepflogenen Verhandlungen zusammen. Nach einstündiger Debatte wurde gegen 19 Stimmen bei stark besetzter Fraktion folgender Beschluß gefaßt:

„Die Sozialdemokratie zieht ihre Minister aus der Reichsregierung zurück."

Die Reichsminister Schmidt, Radbruch und Sollmann begaben sich nach Beendigung der Fraktionssitzung sofort zum Reichskanzler und überreichten ihm folgendes Rücktrittsschreiben:

„Politische Ereignisse der letzten Zeit haben zu schweren Meinungsverschiedenheiten im Kabinett geführt. Die Unterzeichneten hatten deshalb bereits am 29. Oktober ihre Absicht ausgesprochen, aus der Reichsregierung auszutreten. Sie haben die endgültige Entscheidung ihrer Fraktion anheimgestellt. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in Uebereinstimmung mit uns bestimmte Voraussetzungen formuliert, ohne deren Erfüllung unsere fernere Mitarbeit im Kabinett unmöglich wäre. Da diese Voraussetzungen nicht erfüllt worden sind, erklären wir im Einverständnis mit der sozialdemokratischen Fraktion hiermit unseren Rücktritt."

Der Reichskanzler nahm von dem Rücktrittsgesuch Kenntnis und dankte den sozialdemokratischen Ministern für ihre Mitarbeit. Damit war der Austritt der Sozialdemokratie aus der Reichsregierung vollzogen. Seine formelle Bestätigung erfolgt durch den Reichspräsidenten mit der Genehmigung der Rücktrittsgesuche.

Mit dem Ausscheiden unserer Partei aus dem bisherigen Regierungsverhältnis fällt auch das Ermächtigungsgesetz, das an die Zeitdauer der „bestehenden Regierungskoalition" geknüpft war. Der Reichskanzler beabsichtigt, sich hiermit abzufinden und aus dem Rücktritt der sozialdemokratischen Minister ebenfalls keine Konsequenzen zu ziehen. Er will das freigewordene Justizministerium und Wiederaufbauministerium durch die Staatssekretäre verwalten lassen und für das Ministerium des Innern einen neuen Mann suchen. Ein derartiges Kabinett dürfte keine parlamentarische Mehrheit im Reichstag haben. **Die Sozialdemokratie denkt nicht daran, einer Regierung Stresemann mit den bisherigen Ministern und Krisenmachern das Vertrauen auszusprechen.** Stresemann würde also, wenn er mit seinen bisherigen bürgerlichen Ministern im Reichstag die Vertrauensfrage stellt, bereits in der ersten Sitzung unterliegen, zumal auch nicht anzunehmen ist, daß die Deutschnationalen ihre Stimme für ein derartiges Votum geben würden. Er soll in diesem Fall die Auflösung des Reichstages planen und als Diktator auf Grund des Artikels 48 zu regieren beabsichtigen.

Dollar 418 Milliarden.

1 Goldmark 100 Milliarden, 1 Goldpfennig 1 Milliarde

In Preußen bleibt die große Koalition.

Berlin, 2. November 1923.

In den letzten Tagen ist vielfach die Ansicht ausgesprochen worden, daß das Ende der Großen Koalition im Reiche auch für Preußen dem Kabinett der Großen Koalition ein Ende machen werde. Aus Kreisen, die der preußischen Regierung sehr nahe stehen, wird dazu erklärt, daß diese Meinung dort nicht geteilt werde. Die Führer der preußischen Landtagsfraktionen des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten seien jedenfalls der Meinung, daß eine solche Folgerung nicht aus der Aenderung der Regierungsverhältnisse im Reiche zu ziehen sei. Wenn wirklich der Flügel der Deutschen Volkspartei, der den Fortbestand der Großen Koalition in Preußen für unmöglich hält, sich durchsetzen sollte, so wäre immerhin als Lösung die Kleine Koalition aus Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten möglich, die schon früher die preußische Regierung gebildet hat.

Amerika lehnt die Vertretung im Prüfungsausschuß ab.

Paris, 2. November.

Dem „Temps" zufolge scheint es sich zu bestätigen, daß Amerika die Ernennung eines Vertreters für den Sachverständigenausschuß ablehnt, weil die Aufgabe des Ausschusses der Forderung Poincares entsprechend auf die Prüfung der „gegenwärtigen" Leistungsfähigkeit Deutschlands beschränkt wird. Der Temps liest daraus, daß Amerika eine Reduktion der deutschen Schulden für notwendig hält. Das Blatt bemerkt dazu, eine solche Herabsetzung würde für Frankreich nur annehmbar sein, falls gleichzeitig eine entsprechende Herabsetzung der alliierten Schulden erfolge.

Amerikanisches Hilfswerk für Deutschland.

Neuyork, 2. November.

Wie aus Washington berichtet wird, überreichte Hoover dem Generalmajor Allen ein Schreiben, worin die Notwendigkeit eines Hilfswerkes für Deutschland erläutert und der Vorschlag der amerikanischen Gesellschaft der Freunde, das Werk zu übernehmen, gutgeheißen wird. Das Schreiben betont, daß in erster Reihe die Kinder zwischen den Mühlsteinen der internationalen Streitigkeiten zerrieben werden. Wer auch immer die Schuld an diesen Zuständen tragen möge, auf keinen Fall seien es die hungernden Menschen.

Abberufung des englischen Botschafters.

London, 2. November.

Das Foreign Office teilt mit, daß der englische Botschafter in Berlin, Lord d'Abernon abberufen worden sei.

*

Lord d' Abernon, der Mitte der sechziger Jahre steht, entstammt der Finanzwelt Englands. Seine diplomatische Vergangenheit liegt hauptsächlich in Stellungen im Orient, vielfach solchen mit finanzpolitischem Charakter, bis er sich nach einem in Konstantinopel auf ihn verübten Revolverattentat 1897 aus der Diplomatie zurückzog und zu ihr erst wieder mit seiner im August 1920 erfolgten Berufung auf den Berliner Posten zurückkehrte. Wie damals die englischen Blätter mitteilten, erfolgte diese Berufung durch Lloyd George gegen Curzons Widerstand, und Reuter fügte hinzu, sie habe nur „einen zeitweiligen Charakter" und stehe besonders im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Problemen Deutschlands.

London, 2. November.

Die Meldung eines Berliner Blattes, Lord d'Abernons Rücktritt sei eine Folge des Drucks, der auf Baldwin ausgeübt wurde, ist ganz falsch. Lord d'Abernon hat einen dreijährigen Vertrag und dachte nie daran, länger zu bleiben. Er wäre wahrscheinlich schon letztes Jahr zurückgetreten, wenn eine französische Presseheze gegen ihn das nicht unmöglich gemacht hätte. Sein mutmaßlicher Nachfolger ist Sir Horace Rambold.

Das Krupp-Abkommen unterzeichnet.

Paris, 2. November. **Wie die Morgenblätter berichten, ist das Abkommen zwischen den Kruppwerken und der französischen Ingenieurkommission gestern abend unterzeichnet worden.**

Die Rüstungen in Nordbayern.

Der Reichsminister fordert Aufklärung.

Der Reichsminister des Innern Sollmann hat folgendes Telegramm an den bayrischen Ministerpräsidenten v. Knilling gerichtet:

„Preußische und thüringische Staatsregierung erheben bei mir entschiedene Vorstellungen wegen der irregulären Truppenkonzentrationen an der nordbayrischen Grenze. Verhältnismäßig bedeutende Truppenverbände mit schweren Waffen, auch Geschützen, amtlich festgestellt. Amtliche Meldungen sprechen von Grenzüberschreitungen auf thüringisches Gebiet und Schüsse auf thüringische Grenzpolizei. Preußische und thüringische Staatsregierung besorgt wegen Bedrohung ihrer Länder durch diese irregulären Truppen und verlangen schleunigst Schutz von der Reichsregierung. Große Beunruhigung in ganz Mitteldeutschland wegen der militärischen Vorgänge in Nordbayern. Im Reichsinteresse ersuche um baldige Aufklärung über die irregulären Rüstungen in Nordbayern und über die Maßnahmen der bayrischen Regierung gegen diese große innerpolitische Gefahr."

*

Das Telegramm, das der Reichsminister des Innern, Genosse Sollmann, an die bayrische Regierung richtete, und das eine seiner letzten Amtshandlungen darstellt, wirft ein grelles Licht auf den unhaltbaren Zustand, der sich zwischen Bayern und dem Reich herausgebildet hat. Es ist, das Wort muß ausgesprochen werden, der Zustand einer drohenden Kriegsgefahr. Bayern rüstet gegen Deutschland! Es wirbt aus rechtsradikalen, antisemitischen Kreisen Freiwillige, die an der Grenze gegen Thüringen und Sachsen postiert werden und die jeden Augenblick bereit sind, Zusammenstöße von unabsehbarer Tragweite herbeizuführen.

Diese bayrische Mobilmachung gegen das Reich ist nur möglich geworden durch die verhängnisvolle Unschlüssigkeit, mit der man in Berlin den bayrischen Vorgängen gegenüberstand. In ihren Anfängen konnte die Kahr-Diktatur gebrochen werden, wenn das Reich nur den festen Willen zeigte, sich einen Bruch der Verfassung und geleisteter Treueide nicht gefallen zu lassen. Heute ist ein viel größerer Aufwand von Energie notwendig, um des Uebels Herr zu werden und wieder einigermaßen geordnete Zustände in Deutschland herzustellen.

Wenn sich die Reichsregierung nicht entschlossen zeigt, die republikanischen Kräfte zum Schutz gegen den bayrischen Angriff aufzurufen und bereitzustellen, dann wird ihr nichts anderes übrig bleiben als die Kapitulation. Die Kapitulation aber vor dem Verfassungsbruch und der Meuterei bedeutet die vollständige Vernichtung der Verfassung von Weimar, die erzwungene Unterwerfung einer Volksmehrheit und ihrer parlamentarischen Vertretung unter eine bewaffnete Gewalt. Man fragt sich vergebens, wie ein so verändertes Deutschland in der äußeren Politik bestehen soll, da ihm auch der letzte Rest wiederaufkeimender Sympathien in der Welt verloren gehen wird. Man fragt sich ebenso vergebens, wie die inneren Gegensätze dann zum Ausgleich gebracht werden sollen, da schließlich doch äußerste Gewaltanwendung kein dauernd brauchbares Mittel ist, sie zur Erledigung zu bringen.

Die Sozialdemokratie brennt wahrhaftig nicht darauf, einen deutschen Bruderkrieg zu entzünden. Sie weiß, daß dieser Bruderkrieg ein furchtbarer Augenblick ist, und sie ist bereit, alles mögliche zu seiner Vermeidung zu versuchen. Aber daß ein paar Münchener Machthaber alles tun dürfen, was ihnen beliebt, daß sie mit Verfassung und Eid umspringen können, wie es ihnen beliebt, daß man schließlich ganz Deutschland ihnen zu Füßen legt, nur weil auf ihrer Seite der brutale Wille zur Macht ist, auf der anderen Seite aber der Wille zur eigenen Ohnmacht, das geht nicht und das konnten wir nicht mitmachen!

Die neue sächsische Regierung.

Am Freitag nachmittag fand in den Ministerien die Be-

Am Freitag nachmittag fand in den Ministeerien die Be-

grüßung der Beamten durch die neuen Minister statt. Ministerpräsident Fellisch machte in seiner Ansprache darauf aufmerksam, daß er von den Beamten ein unbedingt ehrliches Verhalten gegenüber der republikanischen Verfassung fordere. Mit der Uebernahme der Ministerpräsidentschaft unter den gegenwärtigen Umständen bringe er vielleicht das größte Opfer, das je einem Staatsmann auferlegt worden sei. Er bitte die Beamten, auch ihrerseits die notwendigen Opfer zu übernehmen. Ministerialdirektor Dr. Schulze, der Leiter der Staatskanzlei unter dem Reichskommissar Heinze erwiderte u. a.: Die Beamtenschaft werde getreu ihrem Eide ihre Amtspflicht aufs peinlichste erfüllen. Nachdem die Beamten, die auf die Reichsverfassung vereidigt sind, in den letzten Tagen die Anordnungen des Reiches ausführen mußten, bestehe nun wieder eine Regierung auf parlamentarischer Grundlage. Da sei es selbstverständlich, daß die Beamten alles tun werden, wozu der Eid auf die Verfassung verpflichte. Ihm sei ursprünglich der Posten des Reichskommissars angeboten worden, den er abgelehnt habe, um der Regierung die Treue zu halten. Zur Annahme der Stellung eines Leiters der Staatskanzlei habe er sich erst entschlossen, nachdem er geprüft habe, daß der Schritt des Reiches verfassungsrechtlich zulässig sei. Minister des Innern Liebmann begrüßte die Beamten u. a. etwa wie folgt: „Wir haben die Schmach erlebt, daß eine verfassungsmäßige Regierung mit entsicherten Gewehren aus dem Ministerialgebäude entfernt und zur Sicherung der Republik durch Gewalt ihres Amtes enthoben wurde. Gleichzeitig haben wir aber auch gesehen, daß unter der Herrschaft der entsicherten Gewehre die Reaktionäre wie Maulwürfe aus ihren Löchern hervorgekrochen kamen und taten, als ob die ganze Welt ihnen gehörte. Für Viele, die im innersten Herzen treu zur Sache stehen, sind diese Vorkommnisse ein Prüfstein gewesen. Trotz entsicherter Gewehre haben sie mutig zu uns gestanden, nicht unseretwegen, sondern aus der Erkenntnis heraus, daß es sich um Gewalt gegen die Republik handelt. Für dieses Verhalten meinen besonderen Dank. Als die verfassungsmäßige Regierung entfernt war, wollte man gleich eine „reibungslose" Verwaltung schaffen und begann damit, republiktreue Beamte hinauszuwerfen. Ich denke nicht, in der gleichen Weise zu verfahren, hoffe aber, daß die Herren, denen die Sonne vielleicht nicht warm genug scheint in diesem Hause, sich einen Platz suchen, wo sie mehr Wärme finden. Im übrigen erwarte ich, überall Treue zur Republik anzutreffen."

*

Dresden, 2. November. (Eig. Drahtber.)

Am späten Nachmittag wurde in Dresden die Meldung von dem Auseinanderfallen der Koalition im Reiche bekannt. In unterrichteten Kreisen sieht man die dadurch auch für Sachsen geschaffene Lage als außerordentlich ernst an. Es herrscht die Ueberzeugung vor, daß die Regierungskrise im Reich automatisch eine neue Krise in Sachsen herbeiführt.

Von der thüringisch-bayrischen Grenze.

SPD. Sonneberg (Thür.), 2. Nov. (Eig. Drahtber.)

In der Nacht vom 1. zum 2. November sind Beamte der Thüringer Landespolizei, die sich bei der benachbarten Ortschaft Hönbach auf thüringischem Boden befanden, von starken Patrouillen irregulärer bayrischer Verbände lebhaft beschossen worden; zeitweise wurden sogar Salven auf sie abgegeben. Die thüringischen Landespolizeibeamten haben das Feuer nicht erwidert. — In der gleichen Nacht war hier während mehrerer Stunden von der Grenze her scharfes Maschinengewehr- und Gewehrfeuer zu hören.

Die Erwerbslosenunterstützung.

SPD. Amtlich wird uns mitgeteilt:

Die Unterstützungssätze für Erwerbslose betragen vom 29. Oktober bis 3. November ds. Js. in allen Stufen das Doppelte der Vorwoche. Wegen ausreichender Vorschüsse für die kommende Woche erfolgt rechtzeitig besondere Mitteilung. Im besetzten Gebiet beträgt die Hauptunterstützung wie bisher das 1½fache.

Die wertbeständige Lohnzahlung.

SPD. **Amtlich wird uns mitgeteilt:**

In letzter Zeit haben im Reichsfinanzministerium mit Vertretern aller Wirtschaftskreise Besprechungen über die Frage der wertbeständigen Gehalts- und Lohnzahlungen stattgefunden. Als Ergebnis dieser Besprechungen wurde festgestellt, daß der Uebergang von der Entlohnung in Papiermark zur wertbeständigen Entlohnung aus technischen, wirtschaftlichen und währungspolitischen Gründen nur allmählich erfolgen kann. Es wurde für zweckmäßig erachtet, wenn in der zweiten Novemberwoche mit einer wertbeständigen Bezahlung etwa in Höhe von 10 v. H. der Bezüge begonnen würde. Daraufhin hat das Reichsfinanzministerium durch Verfügung vom 1. November 1923 angeordnet, daß bei den Lohnzahlungen am 8. November und bei den Gehaltszahlungen an die Beamten und Angestellten am 9. November 10 v. H. der Bezüge in wertbeständigen Zahlungsmitteln ausgezahlt werden sollen.

Die neuen Bergarbeiterlöhne.

Ein Erfolg zielbewußter Gewerkschaftsarbeit.

Der Schiedsspruch, der für den Bergbau am 1. November gefällt wurde, hat eine grundsätzliche Bedeutung. Er verdient deshalb der Oeffentlichkeit unterbreitet zu werden. Er ist aber auch ein Beweis dafür, daß zielbewußte Arbeit der vielgeschmähten Gewerkschaftsführer nicht ohne Erfolg ist. Außerdem dürfte der Abschluß auch geeignet sein, in den Bergbaubezirken beruhigend zu wirken. Die vereinbarten Durchschnittslöhne für den Bergbau sind folgende:

	Papiermark	Goldmark bei einem Dollarstand von 130 Milliard.:
Ruhrgebiet und Kölner Braunkohle	147 646 845 000	4,77
Aachen-Düren Stein- u. Braunkohle	131 258 005 200	4,24
Oberschlesische Steinkohle	102 000 000 000	3,29
Niederschlesische „	90 000 000 000	2,90
Sächsische „	93 000 000 000	3,04
Niedersächsische „	87 000 000 000	2,81
Ibbenbüren	93 000 000 000	3,04

Ueber die Wertbeständigkeitsmachung dieser Löhne wurden bestimmte Vereinbarungen getroffen. Die erste Anzahlung für die Woche vom 29. Oktober bis 5. November vormittags 6 Uhr erfolgt am Dienstag, dem 6. November. Dementsprechend wurde vereinbart: „Diese Durchschnittslöhne werden in dem gleichen Ausmaß aufgebessert, in dem der Markkurs an der Berliner Börse am 2. November gegenüber dem 1. November 1923 sich verschlechtern sollte. Steht z. B. die Mark am 2. November um 100, 200 oder 300 Proz. schlechter, so ist die Abschlagszahlung am 6. November um ebensoviel Prozent Papiermark zu erhöhen. Sollte vom 2. November bis 6. November der Markkurs weiter sinken, so muß trotzdem am 6. November der Restlohn für die Woche vom 29. Oktober bis zum 5. November in einem Ausmaß gezahlt werden, daß der Durchschnittslohn, gemessen am Dollarkurs, nicht um mehr als 15 Proz. sinken darf. Das würde bedeuten, daß auch der Restlohn mindestens 4,05 Gold je Schicht an der Ruhr betragen muß.

Man kann auch an dieser Vereinbarung noch kritisieren, wie es die Kommunisten sicherlich tun werden, aber gemessen an den unendlichen Schwierigkeiten, vor denen der Bergbau steht, ist die Vereinbarung für die Bergleute ein Erfolg.

Spekulation in Goldanleihe.

Trotzdem sich am Freitag die Nachfrage nach fremden Zahlungsmitteln um ungefähr 20 Proz. vermindert hatte, mußte die Reichsbank doch die Devisenkurse mehr als verdoppeln. Der Dollar wurde in Berlin mit 320 Milliarden und das englische Pfund mit 1,4 Billionen notiert. **Die Goldmark stellt sich somit auf 76 190,48 Millionen.** Devisen wurden 5 Proz. zugeteilt. Dollarschatzanweisungen wurden mit 380 Milliarden gehandelt, aber nur mit 1 Proz. zugeteilt. Dagegen wurde Goldanleihe, die amtlich mit dem Dollar pari steht, mit 5 Proz. repartiert. Allerdings ist sie im freien Verkehr, wo die stürmische Nachfrage immer noch anhält, bereits mit über 400 Milliarden gehandelt worden. Dieser Kurs ist völlig unbegründet und basiert auf spekulative Momente, da sie die Käufer nicht als Zahlungsmittel, sondern als Hamsterobjekt betrachten. Eine Aenderung wird erst mit der weiteren Herausgabe von wertbeständigen Zahlungsmitteln eintreten.

Allerdings hat die Knappheit an wertbeständigen Zahlungsmitteln auf dem Produktenmarkt weiter schlimme Folgen gehabt, deren katastrophale Auswirkungen wir erst an den Brotpreisen der nächsten Tage spüren werden. Schon jetzt halten die Bäcker mit dem Brot zurück, während sich überall vor ihren Läden lange Polonäsen bilden, um das Brot noch „billig" zu kaufen. Da den Käufern auf der Produktenbörse Goldanleihestücke fehlen, liegt ein nennenswertes Angebot aus der Landwirtschaft, die sich ganz von der Papiermark abgewandt hat, nicht mehr vor. Dieses Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage führte zu einer weiteren Steigerung der Getreidepreise. Für eine Tonne märkischen Weizen mußten am Freitag 20 Goldmark mehr bezahlt werden als am Donnerstag und für eine Tonne märkischen Roggens sogar 63 Goldmark. Der Preis für einen Zentner Kartoffeln stieg von 1,80 auf 1,85 Goldmark.

Einen wichtigen Schritt zur Bekämpfung des Spekulationstaumels in Goldanleihe haben die Berliner Banken am Freitag unternommen. Die Spekulation trieb nämlich das anmutige Spiel, von den Großbanken Goldanleihestücke zu borgen, die sie dann wieder verpfändete, um mit dem so erhaltenen Geld gegen einen Zinssatz, der bei der augenblicklichen Inflation kaum ins Gewicht fällt, neu „einzusteigen". Die Banken haben nun gegen diesen Unfug beschlossen, die Entleiher für die eintretende Kursdifferenz verantwortlich zu machen.

Kehrt der Kronprinz zurück?

Rechtsstehende Blätter kolportieren die Nachricht, daß der frühere deutsche Kronprinz seinen holländischen Wohnsitz Wieringen verlassen habe und bereits auf seinem Gute Oels eingetroffen sei, wo er Wohnsitz zu nehmen gedenke. Die Nachricht ist falsch. Der Hohenzollernsproß sitzt nach wie vor in Holland. Allerdings hat er vor einigen Wochen durch eine Mittelsperson bei der Reichsregierung erneut den Wunsch geäußert, nach Deutschland zurückzukehren und sich in Oels niederlassen zu dürfen. Die Reichsregierung erhob zwar keinen prinzipiellen Einspruch gegen die Rückkehr, vertrat aber die Auffassung, daß wir innenpolitisch der Sorgen genug haben und uns nicht neben dem wittelsbachschen auch noch den hohenzollernschen Thronprätendenten auf den Hals laden brauchen. Das hieße, den Völkischen und Monarchisten ihr demagogisches Treiben und ihre republikfeindliche Hetze doch zu sehr erleichtern. Mag sein, daß eine sozialistenreine Reichsregierung auch diese Bedenken fallen läßt, weil ihr die Republik sowieso Hekuba ist.

Bayerns militärische Rüstungen.

SPD. Die militärischen Rüstungen auf bayrischem Boden jenseits der thüringischen Grenze nehmen ihren Fortgang. Wie unverblümt in aller Oeffentlichkeit die „Mobilisierung" durchgeführt wird, zeigt folgender Aufruf, den „Das Kommando des Jungdeutschen Sturmregiments" in allen bürgerlichen Blättern Koburgs veröffentlichte:

„Die bayrische Regierung hat Teile des Jungdeutschen Sturmregiments aufgerufen. Weitere Aufrufe erfolgen in den nächsten Stunden. Wir müssen von den Arbeitgebern Koburgs und Umgebung erwarten, daß sie unsere Ordensbrüder sofort zur Erfüllung ihrer vaterländischen Pflicht freigeben. Wir machen darauf aufmerksam, daß die bayrische Regierung verfügt hat, der Ausübung der bayrischen Nothilfe keinerlei Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Von allen Arbeitgebern müssen wir erwarten, daß sie nicht nur die Stellen der Aufgerufenen freihalten, sondern daß sie im Hinblick darauf, daß die Aufgerufenen eine vaterländische Pflicht erfüllen, wo es irgend möglich ist, auch die Gehälter weiterzahlen."

Tatsächlich strömen täglich Mannschaften der illegalen Verbände in kleineren Trupps in Koburg zusammen, wo sie in der Kaserne der ehemaligen 95er, in der jetzt die Landespolizei liegt, eingekleidet werden. Dabei wurden manche der ländlichen Jungdo-Mannen, die, als der „Ernstfall" an sie herantrat, nur zögernd dem Einberufungsbefehl nachkamen, zwangsweise ausgehoben, teilweise sogar mit Unterstützung der Gendarmerie. Die in Neustadt bei Koburg liegende Kompanie des „Jungdeutschland-Regiments" wurde erheblich verstärkt und zwar auch in aller Oeffentlichkeit, wie folgendes Inserat beweist, das am 30. Oktober im „Neustädter Tageblatt" veröffentlicht wurde:

Grenzschutz Nord
Unterabschnitt 1.

Die Kompanie Neustadt der polizeilichen Nothilfe Bayerns braucht dringend alte feldgraue Uniformstücke (Feldblusen, Hosen und Militärmützen), ferner Ausrüstungsstücke wie Koppel, Patronentaschen, Brotbeutel, Feldflaschen, Handtücher, ferner Eßgeschirr aus Blech, Löffel.

Ich bitte die Bürgerschaft, uns durch Zuwendung dieser Art zu unterstützen. Abgabe in der Kompanie-Schreibstube, Amtsgericht, Zimmer Nr. 5.

Klintzsch,
Oberlt. und Abschnittsführer.

Das Hauptquartier dieses Grenzschutzes Nord, das sich im Amtsgerichtsgebäude in Neustadt befindet, war eine Zeitlang als solches durch die Hakenkreuzfahne kenntlich gemacht. Auf Einspruch beim Stadtkommissar wurde sie eingezogen und durch eine große schwarz-weiß-rote Fahne ersetzt. Im Schloß Wiesen bei Seßlach befindet sich als Bewaffnungszentrum ein Konzentrationslager, das einen regen Autoverkehr nach Koburg unterhält. Oberleutnant Klintzsch, der Abschnittsführer, war zunächst als nationalsozialistischer Sturmtruppführer in München tätig. Seit einiger Zeit ist er an die „Front", nach Koburg versetzt worden. Hier war er in der ersten Zeit im Stabsquartier der 2. Ehrhardt-Brigade, das im Hause Seidmannsdorfer Str. 12 untergebracht ist, bis er jetzt bei der Aufstellung des Jungdeutschen Regiments die Führerstelle erhielt. Die Regimentsschreibstube befindet sich in Koburg, Steinweg 2, und ist durch eine Tafel an der Haustür kenntlich gemacht. Ueberall herrscht eine eifrige Tätigkeit, um die Eingezogenen einzukleiden und fertig auszubilden. Alle Anzeichen und Aeußerungen deuten darauf hin, daß man möglichst bald „losschlagen" will.

*

Das nachstehende, von einem in Burgkundstadt wohnhaften Bankbeamten am 26. Oktober 1923 „An den Deutschen Wanderer-Verein z. H. des Herrn Baron v. Phungen in Erlangen, Neustraße 10" gerichtete Schreiben gilt ebenfalls von den in Bayern wider Gesetz und Vertrag vor sich gehenden Rüstungen Kenntnis:

„In Anbetracht der Notwendigkeit und Dringlichkeit ersuche ich um beschleunigte Anforderung und Lieferung. Ich kann die Sachen auch mittels Auto abholen lassen.

Ich erwarte weiteren Bescheid

mit treu-deutschem Gruß
gez. Stahl, Bankbeamter.
Burgkundstadt.

Laut den Abmachungen bei der Führer-Versammlung in Lichtenfels stellten die Bezirksgruppen von Bayern im Reich Burgkundstadt und Waismain eine eigene Kompanie zusammen. Nach den bisjetzt vorliegenden freiwilligen Meldungen zählt die Kompanie über 200 Mann. Um die Kompanie feldmarschmäßig ausrüsten zu können, ist folgendes dringend notwendig:

250 Uniformen mit Mäntel	Gewehrmunition
250 Gewehre	M. G. Munition
250 Seitengewehre	Spaten und Beile
250 Koppel mit Patronentaschen	3 Minenwerfer mit Minen
250 Tornister	Handgranaten
250 Brotbeutel	3 Scherenfernrohre
250 Stahlhelme	Feldstecher
250 Eßgeschirre	2 Fernsprechapparate
500 Verbandspäckchen	Leitungsdraht mit Isolierband
1 Sanitäts (unleserlich)	2 Blink-Apparate
1 Feldküche.	

Die Rüstungen der illegalen Verbände in Bayern können in Koburg, überhaupt an der bayrisch-thüringischen Grenze jederzeit beobachtet werden. Es wundert uns deshalb, daß die Reichsregierung die amtlichen Untersuchungen aus Anlaß des von uns veröffentlichten Materials bisher wenigstens im allgemeinen noch nicht hat abschließen können. Es kommt nicht darauf an, ob ein Maschinengewehr weniger oder mehr, als behauptet, festgestellt wird, sondern in welchem Maße die illegalen Verbände wider Gesetz und Vertrag zum Bürgerkrieg rüsten. Das Reichswehrministerium scheint das entgegengesetzte Verfahren zu betreiben und an Hand der Behauptungen überall einzelne Feststellungen machen zu wollen. Das ist ein unhaltbarer Zustand und wir verlangen endlich eine amtliche Feststellung, ob unsere Behauptungen im allgemeinen stimmen oder nicht. Das dürfte auch dem Herrn Reichswehrminister leicht möglich sein, denn die von ihm nach Bayern entsandten Offiziere werden nicht umhin können, unsere Angaben als einwandfrei und tatsächlich zu bestätigen.

Der neueste Marksturz.

Ungeheuerliche Getreidepreise.

Der Reichsbank ist es acht Tage lang gelungen, durch Anwendung der Einheitskurse größere Schwankungen der Papiermark zu verhindern. Der Dollar wurde in dieser Zeit durchschnittlich mit 70 Milliarden bezahlt. Allerdings mußte die Bank nach und nach die Zuteilung von fremden Zahlungsmitteln bedeutend reduzieren, sodaß automatisch eine künstlich aufgebauschte Nachfrage eintrat. Wie in den Augusttagen unter der Regierung Cuno, die, als ihre zweite Markstützungsaktion zusammenbrach, die Devisenanforderung noch nicht einmal bis zu 1 Proz. befriedigen konnte, zeigte sich auch jetzt deutlich die Unmöglichkeit, künstliche Einheitskurse für längere Zeit aufrechtzuerhalten. Die höheren Markkurse aus dem Auslande kündigten bereits am Mittwoch eine neue Markbaisse an, die dann auch auf der Berliner Börse am Donnerstag auf der ganzen Linie eintrat. Die Reichsbank mußte die Kurse ganz beträchtlich erhöhen und fast verdoppeln. Der Dollar wurde mit 130 Milliarden und das englische Pfund mit 600 Milliarden notiert. Die Goldmark stieg so gegenüber Mittwoch von zirka 19 Milliarden auf 30 952,38 Millionen. Devisen konnten nur mit 5 Proz. zugeteilt werden.

Charakterisiert wird der neue Markzusammenbruch durch die Bewertung der Goldanleihe. Sie wurde im freien Verkehr am Donnerstag bereits mit 200 Milliarden gehandelt und lag damit weit über dem amtlichen Dollarkurs. Da die Reichsbank die für den Verkehr notwendigen Goldanleihestücke noch nicht fertiggestellt hat, ist angesichts der Umstellung der gesamten Wirtschaft auf die Goldzahlungsmittel eine empfindliche Knappheit eingetreten, die von einer wüsten Spekulation auf Kosten der deutschen Steuerzahler zu mühelosen Riesengewinnen ausgebeutet wird. Schuld an dieser Auspowerung des Staates ist vor allem die Saumseligkeit der Reichsbank in der Fertigstellung der neuen Zahlungsmittel. Es ist ratsam, zur Entlastung des Devisenmarktes die Emission der Rentenmark und der angekündigten Goldnote der Reichsbank möglichst zu beschleunigen, weil die Goldanleihe absolut nicht den Anforderungen des Verkehrs genügt. Goldanleihe wurde am Donnerstag in Berlin mit 150 Milliarden notiert und zum ersten Male seit ihrer Herausgabe repartiert und zwar mit 15 Proz. Dollarschätze erfuhren infolge eines mangelnden Angebots keine Notierung.

Die Folgen des neuesten Markzusammenbruchs zeigten sich am Donnerstag bereits an der Produktenbörse. Seit Tagen wirkt sich hier nämlich schon die Tendenz aus, besonders die Getreidepreise in Gold zu steigern. Diese Absicht mußte um so mehr Erfolg haben, als der deutsche Agrarier bei zunehmender Kauflust mit der Ernte zurückhält. Die Getreidepreise erfuhren deshalb eine bemerkenswerte Steigerung. Der Preis für eine Tonne (1000 Kg.) märkischen Sommerweizens erhöhte sich in der Zeit vom Montag bis Donnerstag dieser Woche von 155 bezw. 157 Goldmark auf 192 bezw. 194 und der für märkischen Roggen von 141 bezw. 142,75 Goldmark auf 183 bezw. 185. Der Preis für 100 Kg. Weizenmehl stieg in derselben Zeit von 22,5 bezw. 25 Goldmark auf 30 bezw. 32 Goldmark und der für Roggenmehl von 22,5 bezw. 25 Goldmark auf 29,5 bezw. 31,5. Der Zentner Kartoffeln stellt sich auf 1,70 bezw. 1,80 Goldmark. Gründe für diese fast 25—30prozentigen Preissteigerungen in Gold liegen nicht vor. Angesichts der überaus günstigen Ernte müßte eigentlich eine Preisermäßigung eintreten, wie dies auf den ausländischen Produktenbörsen infolge der ungeheuren Ernte-vorräte in der ganzen Welt auch der Fall ist. Z. B. hat die Pariser Börse am Mittwoch die Getreidepreise nicht unerheblich herabgesetzt. Der deutsche Agrarier benutzt aber seine wirtschaftliche Uebermacht zur Erzielung höherer Preise und zur Ausbeutung der deutschen Konsumenten, denen man die sofortige Einführung der Goldlöhne verweigert. Die Vorgänge an den Donnerstagbörsen sind das beste Argument für die sofortige Einführung der Goldlöhne und die weitere Forderung der Sozialdemokratie an die Regierung, die Landwirte gegebenenfalls zur Lieferung von Getreide zu zwingen.

Vermischte Nachrichten.

Schweres Eisenbahnunglück in Danzig. Wie verspätet von Dirschau aus gemeldet wird, ereignete sich am Mittwoch abend zwischen 9 und 10 Uhr auf dem großen Dirschauer Rangierbahnhof ein Eisenbahnunglück, bei dem eine Person getötet und acht Personen teils schwere, teils leichte Verletzungen erlitten. Widerrechtlich hatte ein Beamter des Stellwerks, der inzwischen abgelöst worden war, für den Pendelzug das Ausfahrtssignal gegeben. Der Pendelzug mußte über das Gleis des inzwischen zum Stehen gekommenen Güterzuges. Hierbei ereignete sich dann der Zusammenstoß.

Eine Kältewelle. Das Observatorium in Pulkows (Lettland) meldet, daß eine große Kältewelle sich Nordost- und Mitteleuropa nähere. Im Blagoweschtschensk ist der erste Schnee gefallen.

Fliegerunglück in Breslau. In Breslau ereignete sich ein schweres Fliegerunglück. Der Flugzeugführer Traczinski vom Meteorwerk Schlesien stieg mit dem Flugzeugtechniker Felix Trapke und dessen Schwester zu einem Fluge auf. Ueber der Stadt setzte der Motor aus und das Flugzeug stürzte in den Garten der Blindenanstalt. Alle drei Insassen erlitten schwere Verletzungen. Der Techniker Trapke ist bald darauf an den Verletzungen gestorben.

Ueberfall im Zuge. Aus Breslau wird gemeldet: Im Personenzug zwischen Gleiwitz und Oppeln wurde ein Breslauer Kaufmann, der eine größere Geldsumme einkassiert hatte, überfallen. Der Verbrecher versetzte dem Kaufmann mehrere Messerstiche. Es gelang dem Ueberfallenen jedoch durch Hilferufe einen Beamten herbeizurufen, der den Zug sofort zum Halten brachte. Dem Verbrecher ist es trotzdem gelungen, im Dunkel im Walde zu entkommen.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber, für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Spanetti
die beste Milch-Schokolade
6808

Die Figurantin.

Der Roman eines Dienstmädchens.
Von Leon Frapie.

25. Fortsetzung.

Jedenfalls hatte sie Ersparnisse, und die Freundinnen konnten auf ihr gutes Herz zählen.

Eine harte Enttäuschung erwartete Sulette: sie war mit ihrer Herrschaft fern im Süden auf Reisen.

Ganz vernichtet taumelte Sulette: es schien doch ihr Schicksal, hungers zu sterben.

*

Blieb noch Madeleine, die Burgunderin, auch ein gutes Geschöpf, die noch besser als Rosalie bei Kasse war, — seitdem sie ihrer Gnädigen die Leidenschaft für die großen Magazine mit Ankündigungen hervorragender Gelegenheitskäufe im Louvre, in Bon Marche, bei Pygmalion eingeflößt hatte.

Sieh da! Nachfragen ergaben, diese so schlaue Madeleine war in die Netze des Herrn Benoit gefallen und mit ihm in die Provinz gegangen. Das kleine Vermögen wurde zur Errichtung eines Café chantant verwendet, wo Herr Benoit sein Repertoir als „Künstler der Pariser Konzerte" vortrug.

Von da an gab es für Sulette keine Hoffnung mehr. Auf zwei an ihre Mutter gerichtete Briefe ging keine Antwort ein. Bei Gott! Trotz der kurzen Entfernung war sie seit zwei und einem halben Jahre nicht wieder nach Millerat gekommen.

Sie ging in ihre Kammer und streckte sich in der Erwartung, daß man sie fortweisen würde, angekleidet aufs Bett.

Die Nachtstunden verflossen: sie verlor das Bewußtsein der Dinge, ohne zu schlafen: physisches Elend und moralischer Schmerz verbanden sich zu einem wüsten Fieberwahn und es schien ihr, als sänke das Bett in einem käfigartigen Fahrstuhl in unendliche Tiefen hinab.

*

Und am andern Morgen — nach sechsunddreißigstündigem Fasten — da hatte sie endlich eine Stelle!

Der Inhaber der Agentur Bizon kam selbst in ihre Kammer herauf, um ihr einen Ausweis mit größter Emphase einzuhändigen:

„Sie gehen zu Herrn und Frau Doctemard, Neuverheirateten! Die nehmen Sie sicher, im voraus, ohne Sie gesehen zu haben! Wollen eine gewichtige Person haben, die nicht davonfliegt . . . ."

Sie war mit einem Male neu belebt. Vor ihren Augen wirbelte es von einem Taumel der Freude wie der Schwäche:

Neuverheiratete! Dann würde sie in einer Welt der Küsse leben! Neuvermählte, das sind nicht Herren, das sind festlich gestimmte Menschen, Menschen im Glück! Bei ihnen, da ist der Dienst richtig gelegt, keine Arbeit und man ist nicht Magd, sondern eine den Feierlichkeiten, welche die Liebe verherrlichen, zugeteilte Offiziantin.

Indessen besänftigte der Eigentümer der Agentur Bizon ein wenig die Jubelausbrüche Sulettes.

Herr und Frau Doctemard waren aus der Normandie zugereist und wohnten für einige Monate vorübergehend wegen einer schwierigen Erbschaftsangelegenheit in Paris. Kurz, sie gewährten Sulette nur Essen und Wohnung; sie sollte in der Wirtschaft fast gar nichts anrühren, sie benötigten einfach jemand, der das Haus bewachte, um in ihrer Angelegenheit Vorsprechende zu empfangen oder warten zu lassen.

Aber Herr und Frau Doctemard würden vielleicht Sulette mitnehmen, und zwar unter den glänzendsten Bedingungen, wenn sie wieder in die Normandie zurückkehrten.

Sulette hörte kaum auf diese Erläuterungen, sie nahm sie, über den Vorschlag der Neuverheirateten von Jubel erfüllt, an. Sie stellte sie sich vor, wie sie Hand in Hand, oder auch umschlungen, eines sich zum andern neigend, hin und her wandelten, und durch alle Zimmer der Wohnung den milden Strahl ihrer Liebe über Dinge und Menschen, das Dienstmädchen sogar entsandten.

Die glückliche Ungeduld erlaubte ihr kaum, sich die Haare ordentlich zu machen, einzelne Löckchen entglitten ihr, mochte es sein!

Unterwegs sprach sie sich ganz leise den Namen „Doctemard" vor, sie kostete ihn aus, empfand ihn wie einen Wohlgeschmack. Man konnte diesen Namen nicht ohne ein Lächeln sagen, ohne graziöses Neigen des Kopfes, so: Doctemard.

XIX.

Herr Thesaurin Doctemard, Provinzedelmann, bezog seine Einkünfte aus Landbesitz, er bezog sehr.

Nachdem er mathematisch mit sich zu Rate gegangen, hielt er um die Hand der Rentiere Anais Bourdot, die in der Nähe von Rouen wohnte, an.

Mit ihren fünfunddreißig Jahren war diese Person in Sittsamkeit gekocht und abermals gekocht; ihre Haut bewahrte den dunkelroten Teint, welchen die Brünetten beim Verlassen eines zu heißen Bades bekommen. Auf ihren Schläfen entsprangen zwei tiefe Furchen, liefen vertikal herab, durchschnitten die Wangen und nahmen die bedeutendsten Nebenflüsse in Höhe der Augen und Mundgegend auf. Haare, schwarz wie Tinte, umtrauerten dieses schmale, lange und spitze Gesicht.

Sie war auffallend platt, ein so kleiner Raum war zwischen Rücken und Brust vorhanden, da ihr Herz vor sehr mäßiger Größe und sehr wenig unruhig sein mußte, um in so beschränktem Käfig zu wohnen.

Ihre düsteren Kleider mit den bestürzten Falten schienen immer infolge eines kürzlich erfolgten Unglücksfalles erstarrt zu sein.

Sie gab ihre Zustimmung zur Heirat aus Furcht vor Einsamkeit. Denn wenn sie die Diebe, die Bettler, die Vagabunden fürchtete, so zitterte sie doch ebenso bei dem Gedanken, eine Dienstperson in ihr Haus einzuführen.

„Sich bedienen lassen," meinte sie seufzend zu ihrem Verlobten, „heißt aus freien Stücken seine Wohnung der Plünderung preisgeben, heißt, auf die Freude des Besitzes verzichten. Außer, daß die Dienstboten uns durch ihren übertriebenen Hunger und lasterhaften Durst betrüben, außer daß ihre Giftzunge unsre wichtigsten Geheimnisse dem Winde anvertraut, ist es nicht ein unaufhörlicher Schmerz, zu sehen, wie fremde Hände sich auf Gegenstände, die uns gehören, legen? Wenn andere Leute die Möbel anfassen, so nimmt uns das den ganzen Besitz derselben; wohl oder übel, die Dienstboten teilen mit uns die Nutznießung der Dinge. Die Freude am „Mein" geht aus einer solchen Exklusivität hervor, daß sogar die Blicke fremder Menschen sie beeinträchtigen."

„Das ist sehr weiblich gesprochen!" scherzte Thesaurin galant. „Ich bin in Sachen des Besitzes weniger Egoist und weniger Geheimniskrämer. Der Hauptpunkt scheint mir zu sein, daß man es versteht, sich bedienen zu lassen; man muß die Diener als Gebrauchsgegenstände ansehen, welche das andere Hausgerät vervollständigen und über die Lohnempfänger selbst das Eigentumsrecht ausüben. Mein Pferd bringt mich nicht um den Besitz meines Wagens, weil es sich davor spannt . . . Wenn wir unsere Leute mageter entlassen, als sie bei ihrer Ankunft waren, dann haben sie unser Gut weit eher vergrößert, als vermindert."

Fräulein Bourdot trippelte schweigsam, mit kleinen und lebhaften Schritten, einher; Schlüsselbunde hingen an ihrem Gürtel. Thesaurin nahm viel Raum für sich in Anspruch, er war grobknochig gebaut, seine Hände würden das Vermögen eines Mörders gebildet haben. Bald durchbohrte sein Blick die Wände, bald las er herumliegende Gegenstände auf. Er hatte einen verhältnismäßig kleinen Kopf und krauses, rotblondes Haar. Beim Sprechen zermalmte er mit seinem mächtigen Gebiß die Worte wie Hühnerknochen. Sein Lachen zitterte in einer großen, gekrümmten Nase nach.

Der Notar verwirklichte die wahre Ehe: die Vereinigung der Güter und Kapitalien. Die Brautleute baten den Maire und den Geistlichen, soviel als möglich an Zeit und Kosten zu sparen. Die Trauzeugen wurden eiligst nach einem frugalen Mahl verabschiedet. Die Freude war davon nicht ausgeschlossen gewesen, und zwar aus dem guten Grunde, weil niemand sie mitgebracht hatte.

Gleich bei der ehelichen Inventuraufnahme bemerkte Thesaurin, daß seine Frau ihm einen Fehltritt verborgen hatte. Infolgedessen legte er diese eisige und unwiderstehlich beeinflussende Kummermiene ihr gegenüber an den Tag, welche die verstecktesten Geheimnisse hervorlockt.

Einen Monat nach der Trauung, an einem dieser schönen Nachmittage der Normandie, wo die Natur ein vorteilhaftes Abschließen von Verträgen begünstigt, fand wirklich das fatale Bekenntnis in dem riesigen, feuchten Speisesaal, in dem die eichenen Möbel vor Alter krachten, statt.

(Fortsetzung folgt.)

Amtlicher Teil

Die Gas-, Elektrizitäts- u. Wasserpreise

betragen vom 4. bis 7. November d. Js. für den rückliegenden Verbrauch:

I. 1 cbm Gas . . . . Mk. 16 000 000 000
II. 1 Kilowattstunde Lichtstrom „ 33 000 000 000
1 „ Kraftstrom „ 22 000 000 000
III. 1 cbm Wasser
A. in Lübeck:
1. für Haushaltungszwecke Mk. 9 000 000 000
2. für den Mehrverbrauch und jeden anderen Wasserverbr. Mk. 18 000 000 000
B. in Travemünde . . . „ 9 000 000 000
IV. Für Wasser nach heizbaren Räumen monatlich:
1. Häuser mit Leitungen Mk. 13 500 000 000
2. Häuser ohne Leitungen „ 4 500 000 000

Die Zahlfrist beträgt 3 Tage.

Bei Ueberschreitung der Zahlfrist von 3 Tagen ist ein Zuschlag zur Rechnung von 3000 Mk. für jede angefangene 100 000 Mk. des Rechnungsbetrages, mindestens aber 32 Milliard. Mark zu zahlen.

Gutscheine zu den vorstehenden Preisen und gültig bis 5. Januar 1924 sind am Montag nächster Woche vormittags bis 12½ Uhr in allen Verkaufsstellen zu haben. Die Preise für die am **Dienstag** zur Ausgabe gelangenden Gutscheine werden noch bekanntgegeben.

8055) **Städtische Betriebe.**

Lübecker Straßenbahn.

Fahrpreise ab 5. November 1923:

a) **Einzelfahrscheine:**
bis zu 2 Zonen . . . M 8 Milliarden
für 3 und 4 Zonen „ 12 „
für 5 und mehr Zonen „ 16 „

b) **Monatskarten:**
bis zu 2 Zonen 2mal. Fahrt M. 340 Milliarden
4mal. Fahrt „ 640 „
für 3 u. 4 Zonen 2mal. Fahrt „ 500 „
4mal. Fahrt „ 960 „
für 5 u. mehr Zon. 2mal. Fahrt „ 660 „
4mal. Fahrt „ 1280 „

c) **Jugendfahrscheine:** je 4 Milliarde Mark.

d) **Gepäckstücke und Hunde:** 8 Milliarden Mk.

Die gegenwärtig im Verkehr befindlichen Jugendfahrscheine und Fahrkarten für Behörden der Serie 3 sind bis einschl. 6. November 1923 gültig und hat der Umtausch

a) der Jugendfahrscheine an unserer Hauptkasse, Mengstraße 26, Zimmer 3, im Büro der Verwaltung, Roeckstraße Nr. 49a oder durch Brief.

b) der Behördenkarten an unserer Hauptkasse Mengstraße 26, Zimmer 3 gegen Serie 4 zu erfolgen.

Lübeck, den 3. November 1923. (8062

Städtische Betriebe.

Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Die Verhältniszahl für Ermäßigungen beim Steuerabzug vom Arbeitslohn beträgt für die Woche vom 4. bis 10. November 1923: **20 000.** Die einzubehaltenden Beträge sind auf volle 10 Millionen nach unten abzurunden. (8058

Landesfinanzamt Mecklenburg-Lübeck
Abt. Ia für Besitz- und Verkehrssteuern

Güterrechtsregister.

Am 2. November 1923 ist bezüglich der Ehe des Kaufmanns Karl **Mest** und **Emma** Sohe geb. Weber, Lübeck eingetragen worden: Durch Ehevertrag vom 15. Oktober 1923 ist die Verwaltung und Nutznießung des Ehemannes an dem Vermögen der Ehefrau ausgeschlossen.

8061) **Amtsgericht Lübeck.**

Festsetzung des Wertes d. Sachbezüge.

An Stelle der am 27. Oktober ds. Js. unter I und III bekanntgegebenen Wertfestsetzungen gilt vom 5. November ds. Js. ab das **Dreifache** dieser Sätze. (8067

Lübeck, den 3. November 1923.

Das Versicherungsamt.

Versicherungsamt.

Unsere Geschäftsräume, Mengstr. 28, bleiben am Montag, dem 5. ds. Mts. geschlossen. Sie befinden sich vom 6. ds. Mts. ab im **Kanzleigebäude,** Aufgang 6.

Lübeck, den 3. November 1923. (8066

Das Versicherungsamt.

Allgemeine Ortskrankenkasse Lübeck.

Mit **Wirkung vom 5. November 1923** treten folgende neue Lohnstufen und Beiträge in Kraft:

Lohnstufe	Arbeitsentgelt für die Woche b. einschl.	Grundlohn	Wochenbeitrag	Krankengeld bei Regel-Leistungen	Krankengeld bei Mehr-Leistungen	Sterbegeld
	in Milliarden		in Millionen Mark			in Milliard. Mk.
I	8,4	—,9	630	450	540	18
II	43,4	3,7	2 580	1 850	2 220	74
III	100,8	10,3	7 200	5 150	6 180	206
IV	168	19,2	13 440	9 600	11 520	384
V	235,2	28,8	20 160	14 400	17 280	576
VI	302,4	38,4	26 880	19 200	23 040	768
VII	369,6	48	33 600	24 000	28 800	960
VIII	436,8	57,6	40 320	28 000	34 560	1 152
IX	504	67,2	47 040	33 600	40 320	1 344
X	571,2	76,8	53 760	38 400	46 080	1 536
XI	638,4	86,4	60 480	43 200	51 840	1 728
XII	üb. 638,4	96	67 200	48 000	57 600	1 920

Der Anspruch auf die Barleistungen nach diesen Grundlöhnen entsteht erst vom 19. November 1923 an.

Lübeck, den 1. November 1923. (8032

Joh. Körner, Vorsitzender. **A. Steudel,** Schriftführer.

König kauft Felle

Beste Verkaufsstelle für Händler u. Jäger!

Karl König (8037

Hamburg, **Zeughausmarkt 2.** Fernruf Merkur 5128. | **Bergedorf,** **Kuhberg 2.** Fernruf Nr. 777. | **Leipzig,** **Packhofstraße 3.** Fernruf Nr. 29 519.

Eigene Fabrik für Pelzveredelung!

Meine geehrte Kundschaft bitte ich davon gefl. Notiz nehmen zu wollen, daß mit dem heutigen Tage

meine sämtlichen Verkaufsstellen in Lübeck von der Hanseatischen Feinkost-G. m. b. H., Hamburg,

übernommen worden sind. Ich bitte meine geehrte Kundschaft, das mir freundlichst entgegengebrachte Vertrauen auch auf meine Nachfolger übertragen zu wollen.

Hochachtungsvoll

Paul Burmester jun.

Im Anschluß an die obige Bekanntmachung bitten wir Sie davon gefl. Kenntnis zu nehmen, daß wir mit dem heutigen Tage

sämtliche Verkaufsstellen der Firma Paul Burmester jun.

übernommen haben. Es wird stets unser Bestreben sein, in unveränderter Weise die Belieferung des Publikums mit nur erstklassigen Waren vorzunehmen. Durch den Großeinkauf in Gemeinschaft mit unserem Hamburger Hause sind wir in der Lage, stets nur preiswerte Waren auf den Markt zu bringen.

Hochachtungsvoll

Hanseatische Feinkost-G. m. b. H., Hamburg.

Zweigniederlassung Lübeck. (8060

Preiswert u. gut

muß ein Waschmittel sein, wenn es seinen Namen verdienen will. Unter der Fülle der auf dem Markt befindlichen Waschmittel gibt es eins, das sich in steigendem Maße der Beliebtheit der Hausfrauen erfreut:

Persil das unübertroffene Waschmittel

Es verbindet Wirtschaftlichkeit mit bequemster Anwendungsweise. Einmaliges kurzes Kochen gibt bei schonendster Behandlung eine tadellose Wäsche. Persil soll stets allein und ohne Zusatz verwandt werden und ist am ergiebigsten, wenn es in kaltem Wasser aufgelöst wird.

Ein Versuch lohnt!

8103

Z. P. F.

(Zentrale für private Fürsorge)
Johannisstr. 47/49 (8063

Helft uns die Not lindern. Füllt unsere Sammelbüchsen. Spendet uns Lebensmittel.

Spar- u. Anleihe-Kasse in Lübeck Vorschuß- u. Spar-Vereins-Bank in Lübeck. (8048

Wir nehmen **Gold**sparmark-Einlagen (wertbeständig) auf Grundlage der **Goldanleihe** des deutschen Reiches gegen Ausgabe von **Sparbüchern** entgegen.

Vereins- u. Vergnügungs-Anzeigen

Moislinger Baum

Morgen Sonntag, Anfang 4 Uhr:

Vornehmes Tanzkränzchen

verbunden mit

heiteren Künstler-Vorträgen

unter Mitwirkung **Lübecker und Hamburger Gesangs- und Vortragskünstler,** sowie der beliebten **plattdeutschen Stimmungs-Kanone Adje Otto,** Hamburgs bester Typen-Darsteller.

Moderne Tänze. Künstler-Kapelle.

Leitung: Herr **Karl Stuht.** (8059

Prima Kaffee und Kuchen. Für Familien freier Eintritt. **Rudolf Jäde.**

Kanne Glandgefäße 8043
(Porzellan) für Drogerie.
Stammer, Glandorpstr. 1.

Aerztl. Sonntagsdienst. (8046
Dr. I. Meyer, Eichenbgstr. 18.
Dr. med. W. Ahn, Königstr. 91.
Dr. Niemann, Schw. All. 75

Geschlechtsleidende!

Heilung ohne Quecksilber, ohne giftige Einspritzung, ohne Berufsstr.; aufklär. Broschüre m. taus. freiwill. Dankschreib. über 1) Harnröhrenleiden (Ausfluß), 2) Syphilis, 3) Manneschwäche, 4) Weißfluß kostenlos in verschloss. Briefumschlag ohne Aufdruck, gegen Einsendung des doppelten Briefportos für Porto etc. Leiden genau angeben!
Dr. med. H. Seemann, G. m. b. H., Berlin **478** Lietzmannstr. 22. (8035

Hafte nicht für die Schulden meiner Frau.
Fackenburg.
8065 **Karl Gäde.**

Übermorgen, Montag 9 Uhr, **Fundsachen-Auktion Wartesaal 4. Kl.** über viele Regenschirme, Spazierstöcke, Handtasch., gold. Trauring, 1 ff. Blaufuchs, Zeug u. v. a. (8045
Die beeid. Auktionatoren **H. E. Koch u. Hans Koch.**

Weißer Engel. Jeden Sonntag **Tanzkränzchen.** (8038

N G **Notgemeinschaft für Bestattungen e. V. Lübeck.**

Nach dem gemeinschaftlichen Beschluß von Vorstand und Kontrollausschuß am 2. November betragen die Beiträge für die Zahltage am 10. und 17. November in den drei Beitragsklassen

6, 10 u. 12 Goldpfennig

pro Woche.

Im Sterbefall kann der Vorstand einen Gutschein gewähren, durch welchen die **Kosten der Bestattung** in der Gem. Bestattungsgesellschaft gedeckt werden.

Beitragszahlung und Aufnahmen in der Geschäftsstelle Hundestraße 49,51. Das Eintrittsgeld wird gleichfalls nach Goldpfennig auf Grund der Zahlen auf den Aufnahmescheinen erhoben, die Skala hängt in der Geschäftsstelle aus.

Versammlung aller Bezirksvorstände am Donnerstag, dem 8. November, abends 7 Uhr, bei Leuder, Hundestraße. 8034

Brillanten
große Objekte, Gold-, Silber-, Münzen-, Platin-alte Gebisse
kauft ständig
Alfred Frick,
Hüxstr. 63.
Salon 8030

Die Gasrechnungen sind zu hoch!

Was ist zu tun?

Die Anschaffung des

Sparkochers „Küchenfee"

hilft Ihnen aus allen Verlegenheiten. Staunend geringer Brennstoffverbrauch. Kostenlose, unverbindliche Besichtigung jederzeit. Billigste Fabrikpreise.

Christianus & Co., Maschinenfabrik, Lübeck, Fackenburger Allee 56. (8042

Kolosseum

Morgen Sonntag: Gr. Ball der St.-Gertrud-Liedertafel.

8050) Kassenöffn. 5½ Uhr.

Nichtamtlicher Teil

Für die mir anläßlich meines Dienstjubiläums erwiesenen Aufmerksamkeiten danke ich herzlichst
8056) **C. Hopp.**

Solider Arbeiter, 30 Jahre alt, sucht einfaches **Logis.**
Ang. unt. **G 424** an die Exp. d. Bl. (8047

Möbliertes Zimmer an einen Herrn zu vermieten Johannisstr. 63, II, r.
8071)

Schwarze neue led. Aktentasche zu verkaufen. 8 Mk. (8055
Ang. u. **G 425** a. d. Exp.

Weckapparat m. Glas zu verk. oder z. vertausch. **Rettig,** Moisling,
8052) Niendorfer Str.

Tausche Kartoffeln geg. Koffer, möglichst Schiffskoffer. Daselbst eine Briefmarkensammlung zu verkaufen. (8070
Kronsfeld, Lindenstr. 10.

Eis. Ofen gegen Blockwagen zu tauschen ges. Ratzeburger Allee 86.
8044)

Tausche Koks gegen Gardinen. (8049
Ludwigstraße 67, I.

Tausche Herren- und Damen-Stiefel, Winterjoppe, Damenmantel gegen Kartoffeln. (8064
— Georgstr. 195.

Kartoffeln gegen Nähmaschine, Herren- oder Damen-Rad zu tauschen. Am Brink 11, I, links
8051) Seiteneingang.

Metallbetten.

Stahlmatr., Kinderbett.) dir. a. Priv., Kat. 43 U frei,
8036) Eisenmöbelfabrik Suhl (Th.

Alle Arbeiter

kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (7982

Otto Albers

Markt 4 Kohlm. 10

Prima Kernleder-Sohlen.

26 Beckergrube 26. (7984

Der Neue Weltkalender von 1924

ist erschienen. Grundpreis 30 Pfg.

Buchhandlung des Lübecker Volksboten, Johannisstraße 46.

Café Bernhardt

Fackenburger Allee 9.
Täglich nachm. u. abds.: **Konzert.**
8040)

Fledermaus.

8 Uhr.
8041)

Meielb. Plattd. Verein.

Sunnabend, 3. Novemb.

1. gr. Kegeldanzabend

in **Konzerthus Lübeck.**

Anfang Klock 7.
8033) **De Vörstand.**

Hansa-Theater.

Täglich **präzise 7½ Uhr:**
Gastsp. **Margret Wagner**
Der durchschlagende Erfolg (8057
Die schöne Rivalin.

Stadttheater Lübeck.

Sonntag, 11 Uhr:
Sinfoniehauptprobe.
3 Uhr: **Frühjahrssturm.**
7,30 Uhr: **Schöne Galathee, Brüderlein fein.**
Montag, 7,30 Uhr:
Sinfoniekonzert.
Nachm. von 3—6 Uhr Einlösung der Abon.-Karten an der Theaterkasse. (8034

Lübecker Volksbote

1. Beilage. Sonnabend, 3. November 1923. Nummer 252.

Freistaat Lübeck.

Sonnabend, 3. November.

Die Jagd nach dem Golde.

„Nach Golde drängt, am Golde hängt doch alles. Ach, wir Armen!“ So läßt schon Goethe im „Faust“ Margarethe klagen. Heute noch ist die Klage allzu wahr. Produzenten und Händler jagen nach dem Golde, unbekümmert darum, ob die Armen, die Verbraucher, die in Gold bezahlen sollen, dazu in der Lage sind. Die Arbeitskrise verschärft sich von Tag zu Tag. Eine Betriebsstillegung folgt der anderen, und soweit die Arbeiter noch ihrer Beschäftigung nachgehen können, werden sie mehr und mehr auf Kurzarbeit gesetzt. Wir haben heute schon in Deutschland eine Arbeitslosigkeit, wie wir sie seit den Krisen der 70er Jahre nicht erlebt haben, und wie sie wohl kein anderes Land je erlebt haben dürfte. Die Not der armen Bevölkerung steigt ins Ungemessene. Erwerbslose wissen nicht, wovon sie leben sollen. Kurzarbeiter gehen mit Löhnen nach Hause, für die sie gerade ein paar Brötchen und ein bißchen Margarine kaufen können. Alle Hilfsaktionen können die Not nur um ein Geringes lindern. Sie übersteigt alle verfügbaren Mittel. Schon kommen die Kinder der Armen an die Türen der noch nicht ganz Armen und bitten um ein Stückchen Brot oder um ein paar Kartoffeln. Wie viele mögen darunter sein, deren Mutter früher selbst Almosen gegeben hat. Tägliche Preissteigerungen verschärfen die Not. Die Produzenten und Händler berechnen ihre Ware in Gold, während der noch Arbeitende in fortgesetzt schlechter werdender Papiermark entlohnt, der Erwerbslose in eben solcher Mark „unterstützt“ wird. So tragen die breiten Massen der Bevölkerung die Auswirkungen der Markverwässerung, während Unternehmer- und Händlertum bestrebt sind, ihre Substanzen zu sichern, ja in vielen Fällen zu vermehren.

Produzenten und Händler und was sich zwischen diese hineingeschoben hat, wollen genau so leben, und vielleicht noch besser, wie in der Vorkriegszeit. Sie wollen nichts entbehren, keine Opfer bringen. Alle und jede Verteuerung wird abgewälzt. Ausgepowert wird das Volk bis aufs Blut. Alles stürzt sich auf den Konsumenten, der anderen ein Wohlleben verschaffen soll, während ihm der Hungerriemen täglich enger geschnallt wird. Ein bequemes Mittel, die Preise der Goldspekulation anzupassen, hat man in dem famosen Multiplikator gefunden, der, man mag noch so viel zu seiner Verteidigung sagen, ein Teufelswerk bleibt. Wenn man für Auslandsprodukte die Anpassung an den Dollarkurs noch verständlich finden kann, weil in diesen Produkten die Weltmarktlöhne enthalten sind, so kann man eine so schematische Berechnungsart nicht gelten lassen bei den Inlandsprodukten. Es darf doch nicht übersehen werden, daß die jetzigen Löhne und Gehälter in Deutschland weiter unter denjenigen stehen, die 1914 üblich waren und auch weit unter den Weltmarktlöhnen liegen. Die Inlandsprodukte werden also weit billiger hergestellt als die Auslandsprodukte. Wo sie teurer hergestellt werden, mag man sich einmal die Unternehmergewinne ansehen. Erst dieser Tage wurde uns der zahlenmäßige Beweis geliefert, daß ein großes Kölner Werk in seine Preiskalkulation einen Stundenlohn von 0,50 Goldmark für den Arbeiter einsetzt, während dieser tatsächlich nur 0,21 Goldmark verdient. Das ist nur ein Beispiel von vielen dafür, wie schon die Goldmarkgrundpreise der Waren ungerechtfertigt durch falsche Lohnangaben übersetzt werden. Dazu kommt dann der ungeheure Milliardenmultiplikator. Wie sich das nach oben auswirkt, kann sich jeder leicht ausrechnen. Die Goldmarkrechnung für Inlandsprodukte nach dem jetzigen System ist eine schandalöse Uebervorteilung der Verbraucher. Krassester Egoismus kommt hier zum Durchbruch.

Auf einem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung zeigt sich die Jagd nach dem Gold in ganz besonders üblen Formen, in der Kartoffelwirtschaft. Obwohl die Kartoffelpreise auf der Grundlage der Goldmark stehen, kommen nur ganz geringe Mengen Kartoffeln in die Städte. Als seinerzeit die Zwangswirtschaft aufgehoben wurde, ermahnte der Deutsche Landbund die Landwirte in einem Aufruf mit folgenden Worten:

> Ueberzeugt den Verbraucher von der Ueberlegenheit der wirtschaftlichen Freiheit über den Zwang. Zeigt, daß sein Argwohn unbegründet ist, arbeitet mit an der Gesundung unseres Volks- und Wirtschaftslebens durch weise Mäßigung und selbst opfervolle Unterordnung unter das Gesamtwohl.

Was ist aus dieser Mahnung geworden? Was wollen heute die Landwirte? Den doppelten und dreifachen Goldmarkpreis? Ist das die „weise Mäßigung“? Will man so an der Gesundung des Volkes arbeiten? Und ist das die opfervolle Unterordnung? Als im Jahre 1920 die Kartoffeln der freien Wirtschaft ausgeliefert wurden, jubelte der Landbund in dem schon zitierten Aufruf an alle Berufsgenossen: „Nach langen Kämpfen endlich ein großer Erfolg: Kartoffeln und Vieh sind frei.“ Und es hieß weiter, die errungene Wirtschaftsfreiheit verpflichte aber auch die Landwirte. Sie dürften nicht vergessen, daß die Landwirtschaft fortan einen Teil der Verantwortung wieder auf sich nehmen müsse. Der Landbund kämpfe auf der einen Seite dafür, daß der Landwirt für seine Produkte das erhalte, was sie ihn kosten, und was er für die Weiterführung seiner Wirtschaft brauche. Auf der anderen Seite aber halte er es auch für seine Pflicht, den Landwirt zu warnen, zu hohe Preise zu fordern. Niemand habe in dieser Zeit der schwersten Not ein Recht auf übermäßigen Verdienst. Man vergleiche die heutigen Zustände mit diesen Versprechungen.

Auf allen Gebieten der Produktion und des Handels wirkt sich die „freie Wirtschaft“ in ähnlicher Weise aus. Die Entwicklung zur Goldwertberechnung ist nicht aufzuhalten. Deutschland ist mit seiner Wirtschaft allzu abhängig von der Wirtschaft und Politik des Auslandes, wo das Gold der Diktator ist. Um diese Tatsache kommen wir nicht herum. Darauf müssen wir uns immer mehr einstellen. Nur noch eins hilft uns: So lange wir in der Reparationsfrage nicht klar sehen, so lange wir nicht zu Handelsverträgen mit dem Auslande, nicht zu einem Ausgleich der Währungen kommen, so lange bleibt nur der Weg zur Goldlohnzahlung und Goldunterstützung, soll nicht das Volk zu Millionen und aber Millionen verhungern und verelenden. Schon haben die Gewerkschaften ultimative Forderungen an die Regierung gestellt. Es ist höchste Zeit, daß sie verwirklicht werden. Die Kundgebungen und Teurungsunruhen, die Tag für Tag aus den verschiedensten Gegenden des Reiches gemeldet werden, zeigen, daß keine Zeit mehr zu verlieren ist.

Sozialdemokratischer Verein. Der **Beitrag** beträgt für die ersten beiden Wochen im November, für Männer 4 Milliarden und für Frauen 1 Milliarde. Die Beitragskassierer werden ersucht, die Marken abzuholen.

Sozialdemokratischer Verein. Achtung, Beitragskassierer! Die Beitragsmarken für die erste Hälfte (November) müssen abgeholt und die alten Markenbestände zurückgegeben werden.

Die Unterdrückung der sozialdemokratischen Presse. Der Inhaber der vollziehenden Gewalt, Generalleutnant v. Tschischwitz, hat den Volksboten in Stettin auf 7 Tage verboten. Die Mecklenburgische Volkszeitung in Rostock wurde auf drei Tage verboten, ebenso unser Kieler Bruderblatt die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung.

Lübecker Wochenindex. Die vom Statistischen Landesamt auf Grund der Erhebung vom 1. November 1923 berechnete Indexziffer für die gesamten Lebenshaltungskosten in Lübeck (Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung und Bekleidung) beträgt das 16,246milliardenfache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der letzten Berechnung vom Montag, dem 29. Oktober (12,643 Milliarden) beträgt somit 28,5 Proz. Ohne die Bekleidungskosten stellt sich die Indexziffer auf 15,663 Milliarden oder um 33,3 Proz. höher als am letzten Montag.

Der Wahnsinn der Preise.

Der unaufhaltsame Marksturz hat wieder einen Preistaumel ohnegleichen geschaffen. Wer einen Haufen von dem lumpigen Papiergeld als Lohn ausgezahlt erhielt, rannte schnurstracks nach dem Kaufmann und suchte sie in Ware umzusetzen. Denn jede Stunde des Wartens schädigte den Käufer ungeheuer. Wer das nötige Geld hatte, war gegenüber dem Mittellosen in großem Vorteil. Schon allein das Brot stieg um 100 Proz., von 20 auf 40 Milliarden. Margarine kostete heute früh noch 50 Milliarden, und wird weiter steigen. Sprach man doch gestern an der Hamburger Börse, daß der Dollar auf eine Billion in Neuyork gestiegen sei. Fleisch wird wohl auf einige hundert Milliarden für ein Pfund steigen, und so geht es fort mit jedem Artikel. Als neuestes Geschenk kommt nun noch ein unerschwinglicher Gaspreis, der heute mit 16 Milliarden Mark pro Kubikmeter in Rechnung gestellt wird. Größere Beträge in Papiermark sind kaum mehr unterzubringen, der Einkauf für die Geschäftswelt hat mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Der Zustand ist jetzt nahezu erreicht, daß die Hausfrau für ihre Milliarden Papiergeld fast nichts mehr erhält. Es ist das Ende der Weisheit, denn alles, was an Goldanleihe in Teilscheinen bisher ausgegeben wurde, ist spurlos aus dem Verkehr verschwunden und in die Hände der Börsenspekulanten und Großschieber gelangt.

*

Aus konsumgenossenschaftlichen Kreisen wird uns geschrieben: Das Brot kostet ab heute in Lübeck 40 Milliarden. Heute vor 8 Tagen zahlte man 5 Milliarden. Eine achtfache Verteuerung in einer Woche. Sind die Bäckerlöhne schuld? Ein Bäckergeselle verdiente vorige Woche 145 Milliarden und bekommt diese Woche 340 Milliarden, mithin 135 % mehr wie vorige Woche, während der Brotpreis um 700 % gestiegen ist. Ein Bäckergeselle konnte sich vorige Woche 29 Brote für seinen Wochenlohn kaufen, während er diese Woche nur noch 9 Brote für seinen Wochenlohn erhält, also Verschlechterung der Lebenslage um die Hälfte. Ist der Dollar schuld? Durchschnitt des Dollars vorige Woche 65 Milliarden, heute 320, also eine Verfünffachung. Haben die Brotfabriken Schuld? Fordern diese zu hohe Unternehmergewinne? Zuverlässige Nachrichten besagen, daß sie sich um Kredite bemühen müssen, da die Mehlbestände fast verbraucht sind und die Einnahmen aus dem Brot nicht ausreichen, um das verbrauchte Mehl wieder anzuschaffen, auch wird aus Hamburg ein Preis von 34 Milliarden gemeldet. Er wird heute schon überholt sein. Wer hat uns denn das Brot diese Woche so verteuert? Sind es die Agrarier, die notleidende Landwirtschaft? Roggen konnte man vorige Woche für etwa 70 Milliarden kaufen, während man gestern 350 bis 450 Milliarden zahlen mußte. Man sieht, daß die notleidende Landwirtschaft dem Dollar noch voranschreitet. Hinzu kommt natürlich, daß die Herren wertbeständige Zahlungsmittel verlangen, wodurch eine weitere Erhöhung durch die enormen Kursschwankungen kommt. Wahrscheinlich ist beim Erscheinen dieser Zeitung schon alles wieder überholt. (Das ist richtig. Während es Donnerstag noch möglich war, gegen Dollarschatzanweisungen Mehl zum Preise von 550 bis 580 Milliarden zu kaufen, kostete diese Menge Freitag bereits 2 bis 3 Billionen. Red.) Einer Anzeige des Konsumvereins entnehmen wir, daß von 100 Kartoffelbestellern nur einer zur Zahlung in der Lage war. Eine fürchterlichere Bestätigung unserer Not kann es wirklich nicht mehr geben. Wie lange noch wird man sich die Preisdiktatur der Landwirtschaft gefallen lassen? Es steht sicher fest, daß man in der Landwirtschaft von Substanzverlust nicht sprechen kann. Inventar und Gebäude haben eine bedeutende Verbesserung erfahren, die Viehbestände sind vermehrt. Möbelhändler erklären, daß Landleute fast ihre einzigsten Abnehmer sind. Sollte man es nach Kenntnis dieser Dinge noch für möglich halten, daß es noch Arbeiter, Angestellte und Beamte gibt, die sich mit diesen schamlosen Ausbeutern unseres Volkes in Reih und Glied stellen? Sollte sich unter diesen Umständen die Zahl unserer Mitkämpfer nicht verdoppeln, verdreifachen? Es ist erfreulich, daß sich mancher Geistesarbeiter in den letzten Monaten unserer Partei angeschlossen hat, denn nur der vereinigten Kraft von Hand- und Kopfarbeitern kann es gelingen, den Kampf gegen den Kapitalismus aufzunehmen. Die Beamten warten auf ihr schon fälliges Gehalt. Inzwischen laufen ihnen die Preise fort. Trotzdem gibt es gerade in diesen Kreisen noch recht viele, die sich besonders wohl fühlen an der Seite jener Leute, die sich mit dem Munde gern als deutsch und national ausgeben, in Wirklichkeit aber Verbrecher am Volke sind. Deshalb Volksgenossen, beobachtet, erkennt und handelt.

Ausschußsitzung der Allgemeinen Ortskrankenkasse.

Am Freitag abend tagte im Gewerkschaftshause eine gut besuchte Versammlung der Vertreter, um einen Bericht des Vorstandes über die derzeitige finanzielle Lage der Kasse entgegenzunehmen. Der Vorsitzende des Vorstandes, Körner, führte aus: Nach dem seit der letzten Ausschußsitzung während einiger Wochen es schien, als sei die kritische Zeit für die Kasse überwunden, kam es in der Vorwoche wiederum zu finanziellen Schwierigkeiten. Die vom Ausschuß gewählte Kommission habe mit dem Vorstande getagt, ohne ein positives Resultat zu erzielen. Der Vorstand müsse, wenn er den Bestand der Kasse erhalten wolle, auf Einschränkung der Mehrleistungen bestehen, da einer Erhöhung der Beiträge gesetzliche Hindernisse im Wege stehen. Die einzige Möglichkeit, etwas Durchgreifendes zu erzielen, sei demnach, für einige Zeit die Aufhebung der Familienversicherung. Die Ausschußmitglieder lehnten in ihrer Mehrheit dieses Ansinnen ab. Mittlerweile war eine neue Lage geschaffen. Die Apotheker, Aerzte, Optiker und Bandagisten hatten sich wegen nicht prompter Zahlung ihrer Forderungen an die Kasse beschwerdeführend an die Aufsichtsbehörde (Versicherungsamt) gewandt. Der Vorstand wurde vernommen und konnte nur wieder erklären, daß es ihm nicht möglich sei, aus den nach der Reichsrichtzahl aufgebauten Beiträgen die nach Gold resp. dem Dollarkurs errechneten Forderungen den Apotheken und sonstigen Lieferanten der Kasse zu begleichen. Die Verwaltungskosten seien hoch, aber die Gehälter sind nach Tarif und der Reichsbesoldungsordnung festgesetzt. Der Vorstand habe im Einvernehmen mit dem Betriebsrat beschlossen jede irgend entbehrliche Kraft zu entlassen. Es sei für die Kasse eine Existenz nur möglich, wenn die Mehrleistungen eingeschränkt würden. Das Versicherungsamt (Beschlußausschuß) habe dann verfügt, daß alle Mehrleistungen der Kasse mit Ausnahme des erhöhten Krankengeldes auf 14 Tage aufgehoben sind, also auch die Familienversicherung. In 14 Tagen sei aber unter den heutigen Währungsverhältnissen an eine Gesundung der Kassenfinanzen nicht zu denken. Der Ausschuß müsse daher den Vorstand bevollmächtigen, die Familienversicherung noch für einige Zeit auszusetzen oder der Vorstand müsse den ihm von der Reichsversicherungsordnung vorgeschriebenen Weg gehen und die Kasse der Gemeinde übergeben, die dann über die Leistungen verfügen könne. — Nach einer lebhaften Aussprache, in der namentlich die Vertreter der Versicherten warm für die Beibehaltung der Familienversicherung eintraten, wurde ein Antrag, die zeitweise Aufhebung der Familienversicherung betreffend, abgelehnt und dem Vorstand anheim gegeben, die Verwaltung der Kasse dem Staate zu übergeben.

Die Einschränkungen im Personenverkehr der Reichsbahn.

Die Reichsbahndirektionen beabsichtigen folgende Züge vom 12. November ab im Norden und Nordosten wegfallen zu lassen: D 3 Kiel—Altona, D 9 Altona—Berlin, D 6 Berlin—Altona, D 12 Altona—Kiel, eine Reihe von Personenzügen zwischen Flensburg und Neumünster sowie zwischen Flensburg und Pattburg; die beschleunigten Pz. 15, 16 zwischen Altona und Berlin, Pz. auf den Strecken Altona—Bremen, Altona—Hannover, D 89 / D 90 zwischen Hamburg und Flieden (Tagesverbindung Hamburg—München wird mit Umsteigen in Flieden und Würzburg hergestellt). D 94 / D 97 zwischen Altona und Köln, D 146 Oldenburg—Leer—Emden, D 131 / D 136 Hannover—Lehe, E 147/15[illegible] zwischen Bremen und Hannover, D 19 / 20 Hamburg—Warnemünde (Nachtverbindung Kopenhagen) mit D 97 / D 98 Rostock—Stralsund (Schweden), Personenzüge auf den Strecken Hamburg—Stettin. Stettin—Neubrandenburg, Rostock—Bützow, Ludwigslust—Schwerin, Stettin—Berlin, D 15 / D 16 Berlin—Warnemünde und D 14 / D 17 Berlin—Saßnitz Hafen (Nachtverbindungen mit Dänemark und Schweden), D 13 / D 14 Berlin—Konitz—Danzig, D 55 / D 56 Berlin—Bromberg—Insterburg, einige Personenzüge auf der Ostbahn.

Ab 5. November bedeutend erhöhte Postgebühren!

Wie amtlich mitgeteilt wird, kostet ab 5. November eine Postkarte im Ortsverkehr 200 Millionen, im Fernverkehr 500 Millionen; ein einfacher Brief im Ortsverkehr 500 Millionen Mark, im Fernverkehr eine Milliarde Mark. Dementsprechend erhöhen sich auch die übrigen Sätze.

Soziale Fürsorge. Man schreibt uns: In einer Betriebsversammlung sämtlicher Beschäftigten der Lübecker Genossenschaftsbäckerei wurde einstimmig ein gemeinsamer Antrag des Vorstandes, Aufsichtsrates und Betriebsrates angenommen, der von tiefem Verständnis für die gegenwärtige Not zeugt. Um den alten Arbeitern und Angestellten einen ruhigen, möglichst sorgenfreien Lebensabend zu ermöglichen und den Betrieb produktiver zu gestalten, wurde beschlossen: Alle im Betrieb Beschäftigten zahlen wöchentlich zwei Stundenlöhne. Der Betrieb schießt einen Betrag, der sich ergibt aus der Zahl der Beschäftigten mal zwei Stundenlöhnen, zu. Aus diesem Fonds soll den alten Arbeitern und Angestellten ein Ruhegehalt gewährt werden. Dieser Beschluß soll in die Arbeitsordnung eingegliedert werden. Gewiß ein erfreuliches Zeichen von sozialem Empfinden und ein ehrendes Denkmal für alle Beteiligten.

Ueber den Steuerabzug vom Arbeitslohn vom 4.—10. November veröffentlicht das Finanzamt im amtlichen Teil eine Bekanntmachung, auf die wir besonders hinweisen.

Der Arbeiter-Turn- und Sportverein veranstaltet am Sonntag, dem 4. November, nachm. 3 Uhr in der Hauptturnhalle sein diesjähriges Schauturnen der Männer-, Jugend- und Frauenabteilung. Die Freunde, sowie Interessenten der Turn- und Sportbewegung sind hierzu herzlich eingeladen.

Barlöhne der Landarbeiter. Zur Errechnung der Löhne der in den Zusatzvereinbarungen zum Provinz-, Dithmarscher und Fehmaraner Tarifvertrag vorgesehenen Gruppen gilt für die Lohnzahlung laut Börsennotierung der Preis von 144 638 000 000 Mark zuzüglich 25 Prozent gleich 180 797 000 000 Mark pro Zentner Roggen. — Die Berechnung der Löhne der in der Landwirtschaft beschäftigten jugendlichen Arbeitnehmer für den Monat Oktober erfolgt auf Grund eines Roggendurchschnittspreises von 136 500 000 000 Mark pro Zentner einschl. 25 Prozent.

Warnung vor der Auswanderung nach Argentinien. Das argentinische Generalkonsulat in Hamburg schreibt: Für die Einwanderung in Argentinien kommen im allgemeinen nur Landwirte in Frage, die sich auch drüben weiterhin der Landwirtschaft zu widmen gedenken. Alle diejenigen aber, deren Beruf sie als Stadtbewohner kennzeichnet — selbst wenn sie drüben eine landwirtschaftliche Tätigkeit ausüben wollen, wird in ihrem eigenen Interesse von einer Auswanderung nach Argentinien abgeraten. Mehr noch trifft dieses zu bei denjenigen, die ohne festen Plan und ohne Landes- und Sprachkenntnisse nach Argentinien reisen; sie laufen Gefahr, unter den gegenwärtigen Verhältnissen der öffentlichen Mildtätigkeit zur Last zu fallen. Gleichzeitig sei bemerkt, daß die mit der Paßvisierung verbundene Prüfung der Ausweispapiere über moralische, politische und berufliche Eigenschaften des Auswanderers aufs äußerste verschärft ist, so daß nur völlig einwandfreie Personen auf Zulassung zur Einwanderung rechnen können. Wir möchten dazu noch bemerken, daß auch Landwirte und landwirtschaftliche Arbeiter drüben nur dann auf einen grünen Zweig kommen können, wenn sie über ausreichende Geldmittel verfügen. Haben die Auswanderungslustigen aber die nötigen Mittel, um auswandern zu können, dann sollten sie das erst recht nicht tun. Denn auch in Deutschland gibt es noch soviel brachliegendes Land, daß sich Landwirte ansiedeln können. Sie haben hier immer noch den Vorteil, daß sie keine fremde Sprache zu erlernen brauchen, lassen ihr Geld im Lande und tragen durch ihre Ansiedlung und landwirtschaftliche Tätigkeit zur Hebung der Produktion bei.

Aus der Seeschiffahrt. Demnächst wird der 8000 t große Doppelschraubendampfer „Hannover“ des Norddeutschen Lloyd in den kürzlich wiedereröffneten Cubadienst eingestellt. Wohl noch manchem Lübecker ist das schmucke Schiff in Erinnerung, das im Juli 1919 500 baltische Flüchtlinge in unserem Hafen landete. Er ist einer der dem Norddeutschen Lloyd von seiner über 1 Million Br.-R.-T. großen Flotte nicht durch den Kriegs- und Friedensvertrag geraubten fünf Dampfer. Im Jahre 1922 wurde mit der „Hannover“ die vor dem Kriege so erfolgreich ausgestattete Linie Bremen—Newyork wieder eröffnet. Mittlerweile sind die für diese hervorragendste Straße des Weltverkehrs neuerbauten Schiffe, wie „Columbus“, „München“, „Stuttgart“ u. a. fertiggestellt bezw. kurz vor ihrer Ablieferung, sodaß dem Dampfer „Hannover“ die Aufgabe zufällt, nun auch im Cubadienst der deutschen Flagge ihre alten Freunde zurückzuerobern, wie er es bis jetzt mit Erfolg im Nordamerikadienst getan hat. Augenblicklich wird das Schiff seiner neuen Bestimmung gemäß hergerichtet. Es tritt am 7. Novbr. seine erste Reise nach Havana und weiter nach Galveston an. Näheres durch C. F. Schütt & Co., Untertrave 12/18, Vertreter des Norddeutschen Lloyd, Bremen.

Wochenspielplan des Stadttheaters. Sonntag, 11 Uhr: Hauptprobe zum Sinfoniekonzert. 3 Uhr: Vorstellung der Niederdeutschen Bühne, Hamburg: Fröhjohrsstrom. 7.30 Uhr: Die schöne Galathee. Hierauf: Brüderlein fein. Hierauf: Brahms, ungarische Tänze Nr. 5 und 6. Montag, 7.30 Uhr: Sinfonie-Konzert. Solistin: Hedwig Faßbender, Zürich (Violine). Diens-

tag, 7.30 Uhr: Die tote Stadt. 13. Vorst. i. Dienst.-Ab. Mittwoch, 7.30 Uhr: Amphitryon. 13. Vorst. i. Mittw.-Ab. Donnerstag, 7.30 Uhr: Tiefland. 13. Vorst. i. Donnerst.-Ab. Freitag, 7.30 Uhr: Die schöne Galathee. Hierauf: Brüderlein fein. Hierauf: Brahms, Ungarische Tänze Nr. 5 und 6. 13. Vorst. i. Freit.-Abonn. Sonnabend, 7.30 Uhr: Vorst. f. d. Volksb.: Amphitryon. Sonntag, 3 Uhr: Vorstellung der Niederdeutschen Bühne: Dat lütte Kümeken. 7.30 Uhr: Tosca.

Das neue Wohnrecht.

2. Das Wohnungsmangelgesetz.

Die reichsgesetzlichen und entsprechend auch die lübeckischen Vorschriften über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel haben kürzlich eine Anzahl von Aenderungen erfahren, von denen im folgenden nur hervorgehoben werden soll, was von besonderem öffentlichen Interesse ist:

Von seiten der Mieter wird besonders begrüßt werden, daß das Gesetz jetzt eine Möglichkeit eröffnet, eine Mietwohnung auch gegen den Willen des Vermieters zu tauschen. Bisher konnte ein Hauswirt durch die Versagung der Genehmigung zum Tausch dem Mieter jeden Wohnungswechsel unmöglich machen. In Zukunft kann die Zustimmung des Hauswirts, wenn sie ohne triftigen Grund verweigert wird, durch das Mieteeinigungsamt ersetzt werden. Entscheidet das Mieteinigungsamt in diesem Sinne, so tritt der Tauschmieter ohne weiteres in den Mietvertrag seines Vorgängers ein. Die Wohnungsämter sollen im Falle des Wohnungstausches die Genehmigung der eingereichten Mietverträge innerhalb einer Frist von 14 Tagen erteilen oder versagen. Bei Ueberschreitung dieser Frist gilt die Genehmigung als erteilt. Dadurch soll erreicht werden, daß ein Tausch, der heute, insbesondere wenn es sich um einen Tausch von einem Ort zum andern handelt, mit kostspieligen Vorbereitungen und unter Umständen großen Schwierigkeiten verbunden ist, nicht durch die Behörde verzögert wird.

Eine Abänderung haben die in Lübeck geltenden Bestimmungen über die Ablösung beschlagnahmter Räume gefunden. Bisher wurden die Ablösungssummen nur vierteljährlich erhöht, und zwar im Verhältnis des Bauarbeiterstundenlohnes. In Zukunft erfolgt die Erhöhung im Verhältnis der Baupreisrichtzahl, die nach Bedarf vom Bauamt errechnet wird und nicht nur den Stand der Löhne, sondern den Stand der gesamten Baukosten wiederspiegelt. Maßgebend ist die Baupreisrichtzahl zurzeit der Zahlung. Dadurch wird der Staat vor einer Zahlung in entwertetem Gelde geschützt.

Die Entscheidung des Mieteinigungsamtes über die Festsetzung eines Zwangsmietvertrages kann in Zukunft durch die Rechtsbeschwerde an das Landgericht wegen Verletzung des Gesetzes angefochten werden. Dagegen ist die Entscheidung des Mieteinigungsamtes, soweit es seinerseits Beschwerdeinstanz gegenüber Verfügungen des Wohnungsamtes ist, auch in Zukunft endgültig.

Endlich sind auch vor allen Eingriffen des Wohnungsamtes geschützt Neubauten oder durch Um- oder Einbauten neu geschaffene Räume, wenn sie nach dem 1. Juli 1918 bezugsfertig geworden sind, es sei denn, wenn es sich um Räume handelt, die vom Wohnungsamt oder in seinem Auftrag nach vorheriger Beschlagnahme oder freiwilliger Abgabe geschaffen oder dem Wohnungsamt nach den Vorschriften über die Ablösung zur Verfügung gestellt sind. Werkwohnungen unterliegen dem Zugriff des Wohnungsamtes im allgemeinen nur dann, wenn sie länger als 4 Wochen nicht besetzt sind und keine sichere Aussicht auf Besetzung innerhalb der nächsten 4 Wochen besteht, es sei denn, daß in die Wohnung Ausländer aufgenommen werden sollen.

3. Verfahrensvorschriften für das Mieteinigungsamt und die Beschwerdestelle.

Der Reichsrat hat auch eine neue Anordnung für das Verfahren vor dem Mieteinigungsamt und der Beschwerdestelle erlassen, die die bisherigen Vorschriften in verschiedenen Punkten abändert. U. a. hat das Mieteinigungsamt jetzt die Befugnis, ungeeignete Personen, die als Beistände und Bevollmächtigte vor dem Mieteinigungsamt erscheinen, sofern sie nicht Rechtsanwälte sind, zurückzuweisen. Auch kann das Mieteinigungsamt gegen Beteiligte und sonstige Personen, die sich in der Sitzung einer Ungebühr schuldig machen, Ordnungsstrafen in Geld oder Haft verhängen, auch diese Personen aus dem Sitzungszimmer entfernen lassen. Gegen die Festsetzung einer Ordnungsstrafe ist binnen drei Tagen die Beschwerde an die Beschwerdestelle zulässig.

Die Entscheidungen des Einigungsamtes sind grundsätzlich schriftlich zu begründen. Die Rechtsbeschwerde ist beim Mieteinigungsamt selbst einzulegen. Das Mieteinigungsamt hat sie als unzulässig zu verwerfen, wenn sie an sich nicht statthaft oder nicht rechtzeitig eingelegt ist. Dagegen kann die Entscheidung der Beschwerdestelle angerufen werden. Das Mieteinigungsamt kann auch der Beschwerde abhelfen, wenn es sie für gerechtfertigt hält. Andernfalls hat es sie der Beschwerdestelle vorzulegen.

Besonderer Wert wird in der Verordnung darauf gelegt, genügend Gelegenheit zur gütlichen Erledigung von Mietstreitigkeiten zu geben. Zu diesem Zweck kann der Vorsitzende des Mieteinigungsamtes Vortermine abhalten, es kann Augenschein genommen werden. Auch der Schriftführer kann im Bureau des Einigungsamtes, wie es bisher schon üblich war, Vorverhandlungen abhalten. Es wird übrigens darauf hingewiesen, daß in dem vom Einigungsamt im Einvernehmen mit den Vermieter- und Mietervereinen seinerzeit ausgearbeiteten Mietvertragsmuster ausdrücklich die Bestimmung aufgenommen ist, daß vor Erhebung einer Klage, also auch vor Erhebung der Mietaufhebungsklage, auf Verlangen einer der beiden Parteien beim Mieteinigungsamt der Versuch einer gütlichen Verständigung zu machen ist.

Die Gebührenerhebung ist beim Mieteinigungsamt jetzt auch analog dem Gericht geregelt. Für die Wertberechnung ist der Zeitpunkt des Abschlusses des Verfahrens maßgebend. Ist jedoch ein Vorschuß eingezahlt, so gilt insofern der Wert des Streitgegenstandes zurzeit der Vorschußzahlung. Diese Vorschriften sind in einer besonderen Gebührenordnung für das Mieteinigungsamt und die Beschwerdestelle enthalten.

Angrenzende Gebiete.

Kiel. Unberechtigter Ladenschluß. Der Dollar ist am Donnerstag in Neuyork mit 500 Milliarden notiert worden. Kaum wurde diese Nachricht in der Stadt bekannt, da erlebten wir das alte Schauspiel: Die Läden wurden geschlossen! Früher hielten wir das für selbstverständlich. Das Umzeichnen der Preise war eine mühselige Arbeit. Heute gibt es im Handel nur noch die Goldrechnung, zu einer Schließung der Läden liegt also kein Grund vor. Sie ist sogar verboten! Die Reichsregierung hat durch Verordnung bekanntgegeben, daß die Läden in der bisher üblichen Geschäftszeit geöffnet sein müssen. Zu Dutzenden haben die Kieler Geschäftsleute diese Verordnung am Donnerstag übertreten. Die einzige Verordnung, die zum Schutze der Konsumenten erlassen worden ist, wird durch ihr ungesetzliches Verhalten unwirksam gemacht. Hunderte von Arbeiterfrauen, ebensoviele Männer waren auf den Beinen, um die notwendigsten Lebensmittel zu kaufen. Sie kamen vor verschlossene Türen! Und morgen, das wissen sie, werden sie für ihr Geld nichts mehr kaufen können. Kein Wunder, daß die Erregung steigt, und daß sich in kurzer Zeit hunderte von Menschen vor dem Laden ansammeln. — Die große Not. Einer Völkerwanderung gleich zogen dieser Tage wohl an Tausend Männer, Frauen und Kinder mit Blockwagen, Laternen und Hacken ausgerüstet aus Nussee, Kiel und Kiel-Gaarden nach Blockshagen, wo Herr Classen seine mit der Maschine abgeerntete Kartoffelkoppel zum Nachsammeln freigegeben hatte. Das Kartoffelfeld glich aus der Ferne gesehen einem großen Glühwürmchenlager, denn die ganze Nacht hindurch wurde bei dem Schein der Laterne gesammelt und einige vielköpfige Familien sollen es bis zu mehreren Zentnern Ertrag gebracht haben. Einige tausend Zentner sind auf diese Weise gesammelt worden.

Bremen. Der Bremer Dollar, das neueste Hamsterobjekt. In Bremen hat eine Hamsterung der neuen Dollarscheine eingesetzt, die eine gefährliche Wendung zu nehmen droht, weil dadurch eine Einrichtung, die eine gewisse Stabilität der Währungsverhältnisse versprach, in ihr Gegenteil gekehrt wird. Die ersten Empfänger der Dollars, die Arbeitnehmer, sind gezwungen, sie zu tauschen, weil sie leben müssen. Aber schon bei der zweiten Zirkulation stockt der Umlauf, weil viele Händler, Bauern, Wirte, wozu dann noch Berufshamsterer und „Finanzleute" großen und kleinen Kalibers kommen, nicht darauf angewiesen sind, von den Dollars zu leben, sondern mit den Papierbillionen noch durchkommen. An dieser Stelle schon beginnt die Hamsterei. Die Dollars, die diese Sperre passieren, bleiben dann bestimmt bei der dritten oder vierten Zirkulationsstelle hängen und verduften völlig. Diesem Zustand muß ein Ende gemacht werden. Von dem Recht, die Bremer Dollars aufzurufen, muß sofort Gebrauch gemacht werden, damit den Hamsterern — auch den auswärtigen Spekulanten — eine Lektion erteilt wird, die ihnen die Lust am Spekulieren und Hamstern nimmt. Wird diese oder noch schärfere Maßnahme versäumt, so war der großartige, mit soviel Raffinesse und Sicherungen lanzierte „Bremer Dollar" ein Schlag ins Wasser, der gleichzeitig statt einer Erleichterung, eine Verschärfung der Zahlungsmittelnot bedeutete.

Hohenwestedt. Entdeckung eines großen Waffenlagers. Aufmerksamen Arbeitern war es aufgefallen, daß in dem Autoschuppen des Amtsvorstehers H. Thun in Glüsing etwas vorging, was seine Richtigkeit nicht haben konnte. Es stellte sich denn auch heraus, daß in diesem Schuppen 8 Maschinengewehre, 178 Gewehre und 6 Fässer voll Handgranaten und sonstiger Munition lagerten. Die Entdeckung verursachte selbstverständlich große Erregung in der gesamten Bevölkerung der ganzen Umgebung, da man es hier zweifellos mit einem Waffenlager verbotener Geheimorganisationen zum Sturze der Verfassung zu tun hatte. Außer einigen jungen Leuten des Ortes selbst sind auch drei fremde Personen bei der Bewachung der Waffen betroffen worden. Sie sollen angegeben haben, von ihrer Organisation, deren Namen sie nicht nennen dürften, mit der Bewachung beauftragt zu sein. Unverständlich ist, daß diese Leute sich wieder auf freiem Fuß befinden und die doch so notwendige Untersuchung dieses Vorfalls erschweren, wenn nicht gar unmöglich machen. Ein weiteres Waffenlager ist in Niendorf bei Hohenwestedt bei dem Landwirt Möller entdeckt worden. Hier soll es sich um zirka 500 Gewehre, Handgranaten usw. handeln.

Neue Bücher.

(Alle hier besprochenen Bücher sind durch die Buchhandlung des „Lübecker Volksboten" zu beziehen.)

„Kinderland", ein Jahrbuch für die Buben und Mädel des arbeitenden Volkes. Halbleinen geb. 1 Mk. Grundpreis, multipliziert mit der Buchhändlerschlüsselzahl. Bestellungen sind zu richten an die „Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt", Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Das vom Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit im Vorjahre zum ersten Male herausgegebene und zu rascher Beliebtheit gelangte Jahrbuch „Kinderland" liegt nunmehr in neuer zweiter Ausgabe für 1924 vor. Tiefdruck- und Buchdruckvollbilder nach Schöpfungen namhafter Künstler schmücken das auch sonst reich illustrierte Bändchen und beleben seinen vielseitigen Text. Der ist diesmal noch reichhaltiger gestaltet als im ersten Kinderlandbuche. Namentlich ist das Geschichtliche mehr betont. Mit allerlei überlebten Auffassungen wird aufgeräumt, der wirtschaftliche Blick der Kleinen wird wach gemacht, ihr naturwissenschaftliches Erkennen wird zu entwickeln versucht, das Interesse für gesellschaftliche Gemeinschaft im sozialistischen Sinne wird berührt, schließlich ordnen sich Märchen und Erzählungen, Gedichte und Lebensbeschreibungen diesem Bestreben, die Kinder im sozialistischen Sinne zu beeinflussen, geschickt unter. Am interessantesten aber ist es, daß die Kleinen diesmal selbst tüchtig an ihrem Kalenderbuche mitgearbeitet haben. Märchen und Zeichnungen und allerlei Bastlererfahrungen haben sie gegeben. Es ist zu hoffen, daß das „Kinderland" sich auch diesmal rasch eine reiche Schar von Freunden wirbt, denn es ist das Buch unserer Kleinsten, es ist ein rechtes und gutes Werbemittel für unsere Ideen unter der schulpflichtigen Jugend und sollte deshalb in keiner Arbeiterwohnung fehlen.

Getreidebörse.

Hamburg, 2. November.

(Bericht des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse.)

Da in Papiermark kaum mehr Angebot am Markt ist, so schrumpft das Geschäft immer mehr zusammen, zumal die Goldanleihestücke noch immer kaum zu haben sind. (Preise in Goldanleihe): Weizen 2,25—2,35, Roggen 2,25—2,35, Hafer 2,00—2,10, Gerste 2,25—2,35 Dollar ab inländischer Station. Ausländische Gerste loko 2,35—2,50, Mais loko 2,35—2,50 Dollar frei Kaiwaggon. Oelkuchen ohne Geschäft, Preise unverändert.

Offizielle Kleinhandelspreisnotierungen des Hamburger Fouragehandels. Hafer 2500, Mischfutter 2000, Häcksel 300, Wiesenheu, gbd., 300, Timothy- und Kleeheu, gbd., 400, Preßstroh 300 (alles per Zentner in Milliarden Mark).

An unsere Anzeigen-Besteller!

Infolge der von unseren Lieferanten geforderten Zahlung der Rechnungen in Goldmark und um der fortschreitenden Entwertung der Papiermark zu entgehen, müssen wir

vom 3. November ab

die Insertionsgebühren in Goldmark

berechnen. Der Anzeigenzeilenpreis beträgt von diesem Tage ab bei Vorauszahlungen:

für Stellengesuche, Versammlungs- und Wohnungsanzeigen	**15**	**Goldpfennige**
„ alle anderen Anzeigen	**20**	„
„ Reklamen	**80**	„

Die Umrechnung des Goldmarkbetrages in Papiermark erfolgt nach dem amtlichen Goldmarkkurs vom Tage vor der Zahlung.

Bei Rechnungserteilung hat die Zahlung innerhalb 4 Tagen nach Zustellung der Rechnung zu erfolgen.

Verlag des Lübecker Volksboten.

Bauernhumor.

Bayrische Kulturbilder von Oskar Maria Graf.

Die alten Bauern sitzen Sonntags beim Lechlwirt in Heimertshausen oder beim Unterwirt in Furt. Ueber den Tisch weg geht mancher Handel. Man zählt das Geld bar auf den Tisch. Der Betrag spielt keine Rolle.

Aber die Gemütlichkeit fehlt trotzdem nicht.

Der Harpfernist-Jakl ist bekannt im ganzen Gau als eine Art „Uralter". Er hat einen Appetit, der schon zu manchen Wetten Anlaß gegeben hat. Er frißt dir seine fünfundzwanzig Leberknödl ohne weitere Mühen. Und weil er einer von den „Uralten" ist, darum macht er alles, wenn ihm was versprochen wird.

Neulich ist man beieinandergehockt im Unterwirt. Der Lemmlinger, der Moosreiner, der Argelsberger und der Fingerer und der Bäcker Haunrieder von Furt. Und wenn der Bäcker Haunrieder und der Fingerer wo dabei sind, kommt meistens eine Lustbarkeit besonderer Art heraus, d. h. „besonderer Art" für Fremde. Für unsereins ist so was weiter nicht auffällig.

Auch der Harpfernist-Jakl ist dabei gewesen und hat bei der vierten Maß sein Geld gezählt. Und es hat nicht mehr gelangt. Und weil er eben gerade nicht gut bezahlt wird beim Fischer Straußeder in Edering, der Jakl, so hat er zu jammern angefangen und sagt zum Fingerer: „Jetzt langt's mir nimmer, Fingerer."

Wehleidig kann er dreinschauen, der Jakl, wenn's ihm nicht mehr langt. Meistens fängt er dann mit einer herzzerreißenden Unmöglichkeit zu jammern an. Der Fingerer hebt seinen grauen Schädel und blinzt mit den Augen, wie er immer blinzt, wenn er was Lustiges im Sinn hat.

„Jakl," sagt der Fingerer und der Jakl schaut ihn an.

„Ja . . . Fingerer . . . ?"

„Jakl . . . Mich beißt meine Bratzen (Hand) . . . Was muaß i Dir gebn, wenn i Dir a richtige Watschen (Ohrfeige) gebn derf?" fragt der Fingerer und alle sind ein Interesse.

Der Harpfernist-Jakl besinnt sich und schaut den Fingerer ungläubig an. Er brummt unschlüssig hin und her. Das Angebot machen lassen, denkt er, ist besser.

„Jakl!? . . . Fünf Maß zahl ich!" sagt der Bäcker Haunrieder, um die Sache in Fluß zu bringen. Der Jakl lacht ein bissel und sagt nicht nein und nicht ja.

„Sieb'n Maß, Jakl . . . !? Geh her, is gleich gscheh'n!" sagt der Fingerer und holt schon aus.

Aber — indem er denkt, so was könnte noch was einbringen — sagt der Jakl noch nichts.

„I moan . . ., i moan, zehne . . . ?" bringt er endlich heraus, „zehne, Fingerer . . . ? Ich halt mich ganz still . . ."

„Zehne . . . ? — No ja! . . . Also zehne . . . ! Heb dein Maul her, aber richtig!" gibt der Fingerer zur Antwort und — patsch! — haut er dem Jakl eine ins Gesicht, daß dessen Kopf sich buchstäblich auf die Seite dreht wie abgeschlagen.

„Bravo! . . . Dös is oane gwesen!" schreien alle, während der Jakl das Blut aus dem Maul spuckt, wobei etliche Zähne mitgehen. Und während alle sich richtig auslachen, erholt sich der Getroffene wieder, richtet sich wehleidig auf und sauft gierig sein Bier.

Bei der siebten Maß hebt der Jakl seinen geschwollenen Kopf und jammert: „Ich kann nimmer, Fingerer! . . . I moan . . ., gib mir's Geld dafür, Fingerer!"

Aber da kommt einer zum Fingerer recht!

„Was?! . . . Was?! . . . Du kannst nimmer? . . . Dann zahl' ich auch nix mehr, basta! . . . Wett' is Wett'! . . . Entweder saufst Deine zehn Maß'n, Jakl, oder Du zahlst Dei Zech' selber . . . !" schreit er und erhebt sich schon. Vollens verzweifelt sauft der Jakl weiter, bis er stocksteif unter den Tisch fällt. Neun Maß hat er außer seinen vieren noch hinuntergebracht. Der Fingerer wolle nicht so sein, er hat in Gottes Namen die Zech bezahlt, obwohl die Wette nicht genau eingehalten worden war.

Sechs Wochen hat der Jakl im Krankenhaus gelegen. Aber ganz Heimertshausen und ganz Furt hat gelacht über den Fingerer seinen Witz.

*

Der Maunziger-Feschl von Argelsried hat die Gewohnheit, jedesmal, wenn er nach Wachelberg zum Viehmarkt fährt, beim Unterwirt oder beim Moderbräu gehörig einzukehren, bis er so die richtige Bettschwere hat. Sein Weib ist eine Beißzang, mit Respekt gesagt. Aber — mag sie auch noch so narrisch schimpfen — wenn der Feschl in einem solchen Zustand heimkommt, es macht ihm nichts aus. „Na — na, sei still, Alte . . ., ganz gwiß tua ichs nimmer, i sauf keine Halbe mehr, sei still . . . Da hab ich Dir auch ein schönes Stück Leberkas mitbracht, Alte . . ., schaug an," brummt er jedesmal, wenn er zur Tür hereinkommt, der Feschl. Und dann zieht er aus seiner Brusttasche so ein Pfund Leberkäs heraus und gibt's ihr.

„A Sauhammel bist, daß es woaßt . . ., a bsoffnes Wagscheitel bist . . . !" zetert die Genoven schließlich noch, aber, wie gesagt, der Leberkäs beruhigt sie. Sie ißt ihn für ihr Leben gern. —

Daß der Feschl allemal, wenn er beim Unterwirt oder beim Moderbräu einkehrt, in seiner Ueberziehtasche sein Pfund Leberkäs hat, weiß jeder. Lustige Leute kommen da immer zusammen, wenn Viehmarkt ist in Wachelberg, fidele Leut. Und da hat jeder so seine Finessen im Kopf. Gern macht man einen saftigen Witz unter uns Bauersleut.

Also kurz und gut, wie der Feschl einmal wieder so sauft und sauft und langsam ganz gläserne Augen kriegt und zu plappern und zu rülpsen anfängt, kommt dem Fingerer der Uebermut ins Hirn.

„Also, Feschl, Du haltst auch schon gar nix mehr aus . . ., bei der fünften Maß läßt das Maul hängen," ermunterte er den Maunzinger: „Ich weiß net . . ., ein rechter Krauterer wirst jetzt. Schau mich an . . ., jetzt hab ich meine zwölf Maß! Merkst mir was an? . . . Ich mach Dir noch, so wie ich bin, den Parademarsch vor."

Und das half. Der Maunziger-Feschl betrank sich ärger denn je. Und bei dieser Gelegenheit haben ihm der Fingerer und der Lemmfinger den Leberkäs aufgefressen, und als er weg war, stand der Fingerer auf, nahm das Papier und sagte zum Moderbräu-Wirt und zu den anderen Bauern: „Jetzt paßt auf, . . . jetzt füll ich ihn wieder auf, den Leberkäs," und ist in den Abtritt hinaus . . . .

Hinaufheben hat man ihn diesmal müssen auf sein Sauwägerl, den Feschl, so viechmäßig hatte er gesoffen. Und — nun ja, sein Rapp findet ja den Weg auch ohne ihn — heimgekommen ist er wie immer.

„Ja, jetzt Himmihergottsakrament . . . Du Saukerl. Du bsuffner! . . . Ja — ja, jetzt da hört sich doch alles auf! . . . . Schämst Dich denn gar nicht, Pfundhammel!" hat ihn die Genoven empfangen, als er schwer und plumsig vom Wagen heruntertappte, der Maunzinger-Feschl. Und wenn er seine Alte so keifen hört, wird er jedesmal nüchtern. Schnell griff er in seine Ueberziehertasche und zog das Pakl heraus. „Da schau, Alte . . . Sei still, Alte . . . Da schau . . . üjüpp — jüpp . . ., da schau, ganz warm ist er noch der Leberkas," sagte er stotternd und reichte der Genoven das Mitgebrachte.

Wenn Du ihn heute noch fragst, was denn dabei alles passiert ist, er kann sich's noch nicht erklären, der Feschl. Er weiß bloß, daß ihm seine Alte den Leberkäs ins Gesicht geschmissen hat und daß er gestunken hat wie ein ganzer Misthaufen. Seitdem kauft er keinen Leberkäs mehr. Unerfindlich ist ihm bloß, warum der Fingerer und der Moderbräu-Wirt stets, wenn er einkehrt, so verschmitzt fragen, ob er denn der Genoven jetzt gar nichts mehr mitbringt . . . Lustige Leut' sind bei uns, wirklich lustige Leut'. —